

Anhang

Objektyp: **Appendix**

Zeitschrift: **Bericht des Regierungsrathes an den Grossen Rath über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ...**

Band (Jahr): - **(1856)**

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der Staatsanwaltschaft) betrug laut Tabelle XVII. im Jahre 1855	Fr. 34,376. 11
im Jahre 1856 aber nur	„ 33,461. 45
<hr/>	
so daß sich auch hier eine kleine Minder- ausgabe von	Fr. 914. 66
herausstellt.	

A n h a n g.

M i t t h e i l u n g

bemerkenswerther Entscheidungen des Appellations- und
Cassationshofes und der Polizeikammer.

I.

Urtheile des Appellations- und Cassationshofes.

1. Cassationsgesuch des J. J. gegen ein von den Assisen
des IV. Geschwornenbezirks am 26. Juni 1855
ausgefälltes Urtheil.
(Urtheil vom 23. Juli 1855.)

I. In der Nacht vom 28./29. Dez. 1854 fand in N. ein Schlag- und Raufhandel statt, zufolge welchem C. W. von N. dermaßen verwundet wurde, daß die Folgen dieser Verwundung den Tod desselben herbeiführten. Ebenso wurden dabei auch G. S. in N. und J. G., daselbst, mißhandelt. Laut dem Arzzeugnisse hatte C. an verschiedenen Theilen des Kopfes theilweise gequetschte Wunden. Diese Verletzungen wur-

den aber vom untersuchenden Arzte als nicht gefährlich und voraussichtlich von keinen weiteren Folgen erklärt.

Auf die dießfalligen Anzeigen hin, wurde gegen die vermuthlichen Urheber, unter denen sich nebst andern auch J. Z. befand, eine Untersuchung eingeleitet und nach Beendigung derselben unterm 26. Juni 1855 die Sache den Assisen des IV. Geschwornenbezirks zur Beurtheilung vorgelegt.

Die erste Frage: Ist der Angeklagte P. W. schuldig, den R. W. von N. in einem Kauf- und Schlaghandel mit einem offenen Messer so verwundet zu haben, daß derselbe infolge dessen gestorben ist? so wie die zweite Frage: Ist der Angeklagte ferner schuldig, den J. G. in N. mit gleichem Messer verwundet zu haben? beantworteten die Geschwornen mit „Ja“; die dritte Frage dann: Ist J. Z. schuldig, in diesem Kaufhandel den G. S. geschlagen und am Körper verletzt zu haben? wurde von den Geschwornen ebenfalls mit „Ja“ beantwortet; hingegen verneinten dieselben die Frage, ob der Angeklagte J. von seinem Gegner mit Werken so weit gereizt und angetrieben worden sei, daß er zu Beschirmung seiner Ehre und seines Leibes den Gegner hätte mißhandeln müssen, erklärten aber, daß mildernde Umstände vorhanden seien.

Auf diesen Wahrspruch hin verurtheilte der Assisenhof den J. Z. in Anwendung des §. 2 der Verordnung vom 27. Juni 1803 und der Art. 343, 365 und 368 St.-B. correktionell zu 40 Tagen Einsperrung, zu 2 Jahren Kantonsverweisung, so wie zu einer Entschädigung von Fr. 30 an G. S. und solidarisch mit den übrigen Mitangeklagten zu Bezahlung der Kosten.

II. Unterm 29. Juni 1855 reichte nun J. Z. gegen jenes Urtheil, so viel es ihn betrifft, ein Cassationsgesuch ein und stellte den Antrag:

Es sei nach Anleitung des §. 491 St.-B. gestützt auf den Wahrspruch der Geschwornen und in Anwendung der Satz. 3 Fol. 498 der Gerichtssatz. in Verbindung mit dem Emolumententarif vom 14. Juni 1813 der Gesuchsteller J. Z. mit einer möglichst geringen Buße und Leistung zu bestrafen, und

der Staat zu den Kosten dieses Cassationsgesuches zu verurtheilen.

Dieser Antrag suchte der Petent im Wesentlichen mit folgenden Anbringungen zu unterstützen:

Der Appellhof habe gegen ihn, gestützt auf den Wahrspruch der Geschwornen in Anwendung des §. 2 der Verordnung vom 27. Juni 1803, §§. 343, 365 und 368 St.-B. die angegebene Strafe ausgesprochen. Durch dieses Erkenntniß sei aber das Strafgesetz falsch angewendet, denn nach Mitgabe des §. 2 der soeben angerufenen Verordnung vom 27. Juni 1803 seien bloß diejenigen Vergehen, über welche im peinlichen Gesetzbuche und in der bernischen Gerichtssatzung keine bestimmte Vorschrift aufgestellt sei, entweder nach ältern in Kraft gebliebenen Ordnungen, oder aber, wenn deren keine vorhanden sein sollten, nach dem Ermessen des Richters zu bestrafen.

Nach dem Wahrspruch der Geschwornen sei er der Mißhandlung an S. schuldig erklärt. Diese Mißhandlung sei aber eine höchst geringfügige, was sich deutlich aus dem Arzzeugnisse, sowie aus dem Umstande, daß keine Arbeitsunfähigkeit eingetreten sei, und endlich daraus ergebe, daß die Civilpartei eine Entschädigung von nur Fr. 50 verlangt und ihr der Appellhof auch bloß Fr. 30 zugesprochen habe.

Für ein solches Vergehen sei einzig und allein die Satz. 3 Fol. 498 der bern. Gerichtssatzung:

„Wer in zornigem Muth, es sei mit bewaffneter oder unbewaffneter Hand, jemanden blutrunts macht oder verwundet, der soll zwanzig Pfund Buße bezahlen und 6 Monat leisten.“ —

anwendbar. Dadurch, daß der Appellhof nicht diese Gesetzesstelle, sondern den §. 2 der Verordnung vom 27. Juni 1803 angewendet, habe er sich der falschen Gesetzesanwendung schuldig gemacht.

Der Appellhof habe übrigens auch die von den Geschwornen angenommenen mildernden Umstände gar nicht berücksichtigt. Diese seien aber nach dem Wahrspruch vorhanden und

müssen auch die durch die angerufene Satz. Fol. 498 der Gerichtssatzung vorgeschriebene Strafe mildern, was nach Anleitung des Emolumententarifs vom 14. Juni 1813 erster Theil, 6. Titel, S. 6 zu geschehen habe.

Nachdem der Anwalt des Petenten am Verhandlungstage die sachbezüglichen Anträge gestellt und begründet und der Generalprokurator seinen Antrag auf Abweisung des Gesuches ebenfalls des Nähern beleuchtet, hat

der

Appellations- und Cassationshof

in Betrachtung:

- 1) daß nach dem Wahrspruche der Geschwornen der Angeklagte J. J. schuldig erklärt wurde, den G. S. in einem Kaufhandel geschlagen und am Körper verletzt zu haben;
- 2) daß in der dahierigen, von den Geschwornen mit „Ja“ beantworteten Frage ausdrücklich Bezug genommen wird auf denjenigen Kauf- und Schlaghandel, in welchem nach Frage I. und II. durch den Mitangeklagten P. W. eine Tödtung und eine Verwundung durch Messerstich begangen worden ist, und daß überhaupt für die Strafanwendung das Verdict der Geschwornen in seinem ganzen Zusammenhange und nicht nur in einzelnen abgerissenen Beziehungen zu dem einen oder andern Angeklagten aufzufassen ist;
- 3) daß somit nach der angegebenen Qualifikation des Straffalles auch in Bezug auf J. J. keine ganz einfache und gewöhnliche Körperverletzung vorliegt, wie sie in der von ihm angerufenen Satz. 3 Fol. 498 der Gerichtssatzung vorausgesetzt wird, übrigens nach dem Wahrspruche auch nicht angenommen werden kann, daß eine fernere Voraussetzung für die Anwendbarkeit dieser Satzung, nämlich die, daß der Angeklagte die Mißhandlung in zornigem Muth (Affect) begangen habe, vorhanden sei;
- 4) daß aber für bedeutendere Mißhandlungsfälle die Straf-

anwendung (nämlich die Art und das Maß der Strafe), bereits durch die Gerichtslagung in das Ermessen der urtheilenden Behörde, damals des Kleinen Rathes, gestellt wurde (Satz. 5 und 6 Fol. 499 und Satz. 10 Fol. 501 in fine);

- 5) daß die spätere Verordnung vom 27. Juni 1803 in Art. 2 die jetzigen Gerichte ebenfalls anweist, diejenigen Vergehen, für welche kein Gesetz die Strafe ausdrücklich bestimmt, nach ihrem Ermessen zu bestrafen;
- 6) daß folglich in der Allegation des Art. 2 der angeführten Verordnung keine falsche Gesetzesanwendung liegt;

erkennt:

J. Z. ist mit seinem Cassationsgesuche abgewiesen, unter Kostenfolge.

2. Revisionsgesuch des S. H. gegen ein von der Polzeikammer am 9. Juni 1855 ausgefallenes Urtheil.

(Urtheil vom 6. August 1855.)

Durch Urtheil vom 9. Juni 1855 erklärte die Polzeikammer des Appellations- und Cassationshofes, gestützt auf die in demselben angegebenen Motive, den S. H. des Betruges mittelst Leistung eines falschen Handgelübdes zum Nachtheile der Schweizerischen Mobiliarversicherungsgesellschaft schuldig und verurtheilte denselben correctionell zu einer achtmonatlichen Verweisung aus dem Kanton Bern, zu einer Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit von gleicher Dauer, zur Rückvergütung der von der Mobiliarversicherungsgesellschaft empfangenen Entschädigung, zu Bezahlung der Hälfte der bis und mit dem erstinstanzlichen Urtheile ergangenen Untersuchungskosten, zu den Kosten der Weiterziehung und zu denjenigen an die Civilpartei. In dem diesem Urtheile zu Grunde liegenden Motive hob das Gericht im Wesentlichen die nämlichen Schuldindicien gegen H. hervor, die bereits vom Generalprokurator in

seinem schriftlichen Antrage vom 27. März 1855 angegeben worden.

S. H. reichte hierauf dem Appellations- und Cassationshofe ein vom 18. Juli 1855 datirtes Revisionsgesuch ein und stellte in demselben den Antrag: Es möchte der Appellations- und Cassationshof in Aufhebung des von der Polizeikammer am 9. Juni 1855 gegen den Impetranten ausgesprochenen Urtheils den vorliegenden Fall dem erstinstanzlichen Gerichte zur neuen Beurtheilung überwiesen.

Zu Begründung dieses Antrages machte der Petent S. namentlich geltend: Es seien die dem Urtheile der Polizeikammer vom 9. Juni 1855 zu Grunde liegenden Schulindicien zu einer Beurtheilung nicht hinreichend gewesen, sondern es hätte vielmehr auf Grund derselben eine Freisprechung erfolgen sollen. Nachdem der Petent die Motive zu dem fraglichen Strafurtheile einer weitläufigen Kritik unterworfen, behauptete derselbe im Fernern: Nach Art. 502 Ziff. 2 St.-B. sei das Rechtsmittel der Revision statthaft, wenn der Beurtheilte später neue Indicien entdecke, welche geeignet seien, seine Freisprechung herbeizuführen. Das Wort „später“ beziehe sich nun aber offenbar auf die Zeit nach Ausfällung des Urtheils und es müsse infolge dessen dem Angeklagten resp. Verurtheilten, der erst aus dem rechtskräftig gewordenen Strafurtheil ersehen könne, welche Indicien diesem Urtheile zu Grunde gelegt worden und welche Folgerungen das Gericht aus den vorliegenden Thatsachen gezogen habe, das Recht zugestanden werden, seine Folgerungen und Indicien, die er aus den der Anklage und dem Urtheile zu Grunde liegenden Thatsachen ziehe, als neues Indicium im Sinne des Art. 502 Ziffer 2 hervor zu heben, falls solche ein freisprechendes Endurtheil begründen würden.

Der Appellations- und Cassationshof

hat auf den Antrag des Generalprokurators

in Betrachtung:

daß nach Art. 502 Ziffer 2 St.-B. der Verurtheilte die Revision verlangen kann, wenn er später (d. h. nach Er-

lassung des Strafurtheils) neue (d. h. ihm früher nicht bekannt gewesene) Indicien entdeckt, welche geeignet sind, seine Freisprechung herbeizuführen;

daß nun aber in dem Revisionsgesuche des H. keine solchen neuen Indicien angerufen oder producirt werden, sondern die vorgebrachten Gründe lediglich dahin tendiren, die dem Urtheile der Polzeikammer zu Grunde liegenden Schuldindicien als ungenügend und unstichhaltig darzustellen;

daß die Behauptung des Gesuchstellers, er habe erst aus dem rechtskräftig gewordenen Urtheil ersehen, welche Indicien gegen ihn vorlagen, welche Folgerungen das Gericht aus den vorliegenden Thatsachen gezogen und welche Indicien dagegen er, der Gesuchsteller, aus den, den Gegenstand der Anklage betreffenden Thatsachen, zu ziehen habe, um diejenigen des Endurtheils zu entkräften, einerseits unbehelflich und andererseits unrichtig ist, weil die für die Schuld des H. sprechenden Indicien bereits in dem Antrage des Generalprocurators vom 27. März 1855 zusammengestellt sich befinden und in dem Urtheile der Polzeikammer vom 9. Juni 1855 wesentlich die nämlichen Schuldindicien geltend gemacht werden, somit H. nicht erst durch das fragliche Urtheil, sondern bereits durch den Antrag des Generalprocurators an die Anklagekammer sich von den wider ihn vorliegenden, belastenden Thatsachen Kenntniß verschaffen konnte, und ihm freistand, bereits der Anklagekammer mittelst Einreichung eines Memorials die gegen ihn vorliegenden Schuldindicien zu entkräften;

erkennt:

S. H. ist mit seinem Revisionsgesuche abgewiesen und zu Bezahlung der daherigen Kosten verurtheilt.

3. Revisionsgesuch des P. Z. gegen ein vom Assisenhofe des III. Geschwornenbezirks am 26. Hornung 1856 ausgefalltes Urtheil.

(Urtheil vom 17. November 1856.)

Durch Beschluß der Anklagekammer vom 22. Dezember 1855 wurde P. Z. in Folge der gegen ihn geführten Untersuchung wegen Unterschlagung in Anklagezustand versetzt und den Assisen des III. Geschwornenbezirks überwiesen. Bei der am 26. Hornung 1856 vor diesen stattgehabten Hauptverhandlung erklärten die Geschwornen den Angeklagten Z. schuldig, in seiner amtlichen Stellung als Vorsteher der Armenverpflegungsanstalt im B. durch wissentliche Nichtverrechnung bezogener Kostgelder und Kleidervergütungen zum Nachtheile des Staates eine Unterschlagung von über F. 100 a. W. begangen zu haben, unter Annahme von mildernden Umständen, worauf gestützt der Assisenhof denselben zu 3 Monaten Einsperrung und überdieß zu drei Jahren Kantonsverweisung, so wie zu einer Entschädigung von Fr. 1100 an den Staat und zu Bezahlung der Kosten verurtheilte.

In der diesem Urtheile vorausgegangenen Untersuchung wurden namentlich auch die Bücher der erwähnten Verpflegungsanstalt als: Journal, Monatsrechnungen, Kassabücher, Bordereaux etc. benutzt und dieselben lagen auch bei'r Hauptverhandlung vor.

Am 27. Oktober 1856 reichte P. Z. beim Appellations- und Cassationshofe ein vom 25. gl. Mts. datirtes Gesuch ein, dahin gehend: Es möchte diese Behörde das angeführte Urtheil auf dem Wege der Revision aufheben und die Einstellung der durch dasselbe gegen ihn ausgesprochenen Verweisungsstrafe erkennen.

Zu Begründung dieses Gesuches wurde im Wesentlichen angebracht: Er sei im Stande, den sichern Nachweis zu liefern, daß der objektive Thatbestand der ihm durch jenes Urtheil zur Last gelegten Unterschlagung von circa Fr. 1200 nicht hergestellt sei, sondern daß alles was als Unterschlagung erscheine, auf einen von ihm begangenen Rechnungsirrtum

beruhe, indem er namentlich Beträge als bezahlt in's Einnehmen gebracht habe, die nie an ihn bezahlt worden und umgekehrt von ihm bezahlte und verrechnete Summen nicht in's Ausgeben gebracht habe.

Diese Behauptung suchte der Petent zu begründen, indem er eine Berechnung aufstellte, wonach ihm durch die verschiedenen, von ihm begangenen Irrthümer ein Nachtheil von Fr. 1217. 07 erwachsen sei; als Beweismittel wurden unter anderm angeführt: Die Bücher der Staatsverpflegungsanstalt im B. sowie verschiedene Schreiben von Gemeindebehörden und Beamten, an die sich Z. um in der obschwebenden Frage Aufschluß zu erhalten, gewendet hatte; überdies wurde behauptet, der Petent habe, als er von der gegen ihn angebrachten Klage Kenntniß erhalten, nicht Gelegenheit gehabt, sich durch Nachschlagen der Bücher über den wahren Sachverhalt zu erkundigen, ebensowenig sei es ihm möglich gewesen, die seither gemachten Nachforschungen zu veranstalten und durch die Untersuchung seien die verschiedenen angeführten Irrthümer, welche größtentheils ihren Grund darin haben, daß er die Buchführung theilweise durch Pfleglinge habe besorgen lassen müssen, nicht ermittelt worden, was er erst in Erfahrung gebracht, als es zu spät gewesen sei, auf amtlichem Wege eine Aktenvervollständigung anzuordnen.

Die durch Vermittlung der Regierungsstatthalterämter eingelangten Schreiben der Gemeinden und Auszüge aus deren Rechnungen seien ganz neue Indicien, welche unbedingt unter Ziffer 2 des Art. 502 St.-B. fallen.

Der Appellations- und Cassationshof
hat nun, auf den Antrag des Generalprokurators,
in Betrachtung:

- 1) daß, wenn auch die Behauptung des P. Z., aus Irrthum einerseits mehr Kostgelder als er wirklich bezogen, im Einnehmen und anderseits zu wenig Kostgelder-Rückvergütungen im Ausgeben verrechnet zu haben, richtig wäre, dieß bezüglich der Nichtverrechnung

der von ihm wirklich bezogenen Kostgelder für ihn keine Entlastungsthatsachen begründen könnte ;

- 2) daß aber dafür, daß einige der ihm als nicht verrechnet zur Last gelegten Kostgelder entweder von ihm nicht bezogen, oder im Kassabuch wirklich verrechnet worden seien, keine neuen Indicien beigebracht sind, indem die Bücher der Anstalt schon bei'r frühern Verhandlung und Beurtheilung des Geschäftes vorlagen, und die Bescheinigungen einiger Gemeindschreiber über nicht erfolgte Bezahlung von Kostgeldern abgesehen, daß deren Aussteller damals vom Angeklagten als Zeugen hätten aufgeführt werden können, der Beweiskraft der von ihm selbst ausgestellten und bei'r Affisenverhandlung producirten Quittungen und übrigen Beweise keinen Eintrag zu thun vermögen ;

erkennt:

Es ist P. Z. mit seinem Revisionsgesuche abgewiesen und zu Bezahlung der durch dasselbe veranlaßten Kosten verurtheilt.

4. Cassation des erstinstanzlichen Verfahrens und Urtheils in einem Ehescheidungsprozeß wegen Außerachtlaffung der Vorschriften der §§. 45 und 283 P.

(betr. das Interventionsrecht des Staates).

(Civilurtheil vom 27. Juli 1855.)

Dr. S. in G. ließ seine Gemahlin E., geb. D. am 24. September 1853 gerichtlich zu Erfüllung ihres Ehegelübdes anhalten und dieselbe verurtheilen, gegen Vorschuß der nöthigen Reisekosten mit ihren Kindern zu ihm nach G. zu kommen. Als dieselbe aber diesem Urtheil nicht Folge leistete, stellte Dr. S. am 25. November 1854 vor dem Amtsgerichte A. die Rechtsbegehren: 1) Es solle die zwischen Parteien bestehende Ehe gerichtlich aufgelöst werden; 2) die aus dieser Ehe vorhandenen Kinder J. und K. sollen dem Vater zur Erziehung übergeben werden. Auf das Ausbleiben der Beklagten erklärte das Amtsgericht A. die zwischen Dr. S. und E.,

geb. D. bestehende Ehe als aufgelöst. legte jedem der geschiedenen Gatten eine einjährige Wartezeit auf, sprach den aus der Ehe vorhandenen Sohn dem Ehemanne S., die Tochter dagegen der Ehefrau S. zur Erziehung zu und wies endlich die Parteien bezüglich allfälliger Streitigkeiten in Betreff des zugebrachten Guts an den Civilrichter. Ueber den Entschädigungs- und Kostenpunkt wurde keine Entscheidung gefaßt, da der Kläger daorts keine Anträge gestellt hatte.

Im Schlußverbal dieses Urtheils wurde zwar gesagt, das- selbe solle dem Regierungsstatthalteramte A. mitgetheilt werden, allein es ist aus den Akten in keiner Weise ersichtlich, daß die Ehescheidungsklage und auch nicht, daß das so eben angeführte amtsgerichtliche Urtheil der betreffenden Behörde zu Händen des Staates mitgetheilt worden wäre.

Gegen dieses Urtheil erklärte Dr. S. die Appellation und zwar aus dem Grunde, weil ein Kind der Mutter zur Erziehung zugesprochen worden.

Bei der Verhandlung in oberer Instanz stellten die Parteien gegenseitig ihre auf Abänderung des erstinstanzlichen Urtheils so weit es die Erziehung der Kinder betrifft, gerichteten Anträge, indem sie dieselbe des Nähern begründet.

Der Appellations- und Cassationshof hat
in Betrachtung:

- 1) daß an die Stelle der früher vorgeschriebenen Revision der Ehescheidungsurtheile durch das Obergericht nunmehr zu Wahrung des in solchen Streitfällen obwaltenden öffentlichen Interesses das Interventionsrecht des Staates getreten ist (Gesetz über die Organisation der Gerichtsbehörden vom 31. Juli 1847 und S. 45 P.);
- 2) daß, um in solchen Fällen die Möglichkeit, die Einwirkung der Staatsanwaltschaft als Organ des Staates zu sichern, der Gesetzgeber in den §§. 45 und 283 P. die ausdrücklichen kategorischen Vorschriften aufgestellt hat, daß die Klage dem Regierungsstatthalter des Amtsbezirks, in welchem der Prozeß geführt wird,

zu Händen des Staates mitgetheilt und daß der gleichen Behörde auch der Termin zum erstinstanzlichen Abspruch auf amtlichem Wege zur Kenntniß gebracht werden solle ;

- 3) daß diese Vorschriften, wenn anders der Zweck des Gesetzgebers bei Einführung des fraglichen neuen Instituts erreicht und die unbestreitbaren Nachtheile, die sonst mit dem Wegfallen der Revision verbunden wären, abgewendet werden sollen, — streng zu befolgen sind ;
- 4) daß übrigens bereits durch ein Kreis Schreiben des Obergerichts vom 16. August 1852 den sämmtlichen Richterämtern des Kantons anbefohlen worden ist, die Vorschrift des §. 45 P. in Zukunft genau im Auge zu behalten, und namentlich die Prozeßverhandlung nicht zuzulassen, bis der Kläger die Bescheinigung vorlege, daß die Klage dem Regierungsstatthalter zu Händen des Staates mitgetheilt worden ;
- 5) daß dessen ungeachtet im vorliegenden Falle den prozedürlichen Akten nicht zu entnehmen ist, daß eine Mittheilung der Klage oder Anzeige des Abspruchtages an das Regierungsstatthalteramt A. stattgefunden habe ;
- 6) daß somit die stattgehabte Prozeßverhandlung im wesentlichen Beziehungen gesetzwidrig ist, und daß die Gerichte von Amteswegen darauf zu achten haben, daß bei den vor ihnen stattfindenden prozessualischen Verhandlungen das gesetzliche Verfahren unter Wahrung der vorgeschriebenen Formen beobachtet werde (§. 65 P.) ;

von Amteswegen
erkennt :

- 1) Das in dieser Ehescheidungssache erstinstanzlich stattgehabte Verfahren, so wie das darauf bezügliche Urtheil des Amtsgerichts von A. sind kassirt.
- 2) Die Kosten sind zum Hauptgeschäfte suspendirt.

5. Abänderung eines erstinstanzlichen Ehescheidungsurtheils, wegen Nichtbeobachtung der Vorschriften der Satz. 118 C. und weil außerdem daselbst angegebenen Gründe von den Parteien weder bestimmte noch unbestimmte Ehescheidungsgründe, auf welche sich das Urtheil hätte stützen können, aktenkundig gemacht worden waren.

(Urtheil vom 7. Juli 1856.)

Unterm 12. April 1856 erschienen vor dem Amtsgerichte von S. die Eheleute S. B. und C., geb. U., diese mit Händen sie handelt. Der Ehemann B. brachte im Wesentlichen an, seine Ehefrau habe sich mit dem aus der Ehe entstandenen circa 4 Jahre alten Kinde vor vier Jahren von ihm entfernt und seither stets getrennt gewohnt. Alle gemachten freundlichen Versuche, sie zu Erfüllung ihrer ehelichen Pflichten anzuhalten, und sie zu bewegen, wieder zum klägerschen Ehemann zurückzukehren, seien fruchtlos geblieben und ebenso sei der veranstaltete Sühneversuch vor dem Kirchenvorstande ohne entsprechendes Resultat geblieben, so daß unter den obwaltenden Umständen der längere Fortbestand des zwischen diesen jungen Leuten bestehenden Ehebandes nur unheilbringend sein könne. Einer gerichtlichen Ehescheidung entgegensehend habe der klägersche Ehemann mit der Beklagten unterm 12. April 1856 einen Vertrag abgeschlossen, worin sie sich über das eheliche Vermögen, sowie über den Entschädigungspunkt, die Erziehung und Verpflegung des aus der Ehe vorhandenen Kindes, die dahierige Alimentation und die Kosten der Scheidung bereits geeinigt und ausgeglichen haben.

Auf diese Anbringen und die Satz. 118 gestützt verlangte der Ehemann B. in den sachbezüglichen Rechtsbegehren die Trennung der zwischen ihm und C., geb. U. bestehenden Ehe.

Frau B. gab hierauf die Erklärung ab, daß die Anbringen ihres Ehemannes richtig seien, daß sie aber den eigentlichen Grund des ehelichen Zerwürfnisses nicht des Nähern aus einandersetzen wolle und daß sie auch ihrerseits die Trennung der Ehe, sowohl als die Genehmigung des geschlossenen Vertrages wünsche, sich somit den Schlüssen des Ehemannes unterziehe.

Das Amtsgericht von S. erklärte hierauf die Ehe zwischen den Eheleuten B. als aufgelöst, bestimmte für jeden der Ehegatten die Wartzeit auf ein Jahr und genehmigte den von Parteien geschlossenen vorangeführten Vertrag.

Gegen dieses Urtheil erklärte die Staatsanwaltschaft Namens des Staates, die Appellation und zwar aus Grund, weil:

- 1) kein anderer Scheidungsgrund vorliege, als die bössliche Verlassung Seitens der Ehefrau B.;
- 2) nach Satz. 118 und ff. wegen bösslicher Verlassung nicht sofort Trennung erfolgen dürfe, sondern der schuldige Theil vorerst zu Erfüllung des Ehegelübdes anzuhalten sei, und erst wenn dieß erfolglos bleibe, nach Jahresfrist Trennung der Ehe verlangt werden könne;
- 3) die vorliegende Scheidung als eine rein conventionelle erscheine, solche Scheidungen aber nicht zulässig seien.

Der Staat erklärte, sich in oberer Instanz nicht vertreten lassen zu wollen. Ebenso erschienen laut einem Berichte des Gerichtspräsidenten von S. vom 1. Juli 1856 die eingangsbezeichneten Eheleute B. bei dieser Amtsstelle und erklärten ebenfalls, der oberinstanzlichen Beurtheilung über ihre Scheidungssache nicht beiwohnen zu wollen. Dieselben deponirten bei diesem Anlasse nachträglich: Ein Grund zur Ehescheidung liege darin, daß die Ehefrau dem Ehemann beharrlich den Beischlaf verweigert. Dieser Grund sei bisher aus Schamhaftigkeit nicht angeführt worden.

Der Appellations- und Cassationshof hat
in Betrachtung:

- 1) daß von Seite des Ehemannes B. als einziger Ehescheidungsgrund geltend gemacht wird, die bössliche Verlassung der Ehefrau und die beharrliche Verweigerung derselben, zu ihm zurückzukehren, und ihre ehelichen Pflichten erfüllen;

- 2) daß aber die für diesen Fall in der Satz. 118 und ff. vorgeschriebenen Vorkehren vom Ehemann B. noch nicht getroffen worden sind;
- 3) daß bei dieser prozedürlichen Sachlage und da im Uebrigen weder bestimmte noch unbestimmte Ehescheidungsgründe von den Parteien aktenkundig gemacht und noch weniger bewiesen worden sind, das Gericht dormalen noch nicht die Ueberzeugung gewinnen kann, daß eine Trennung der fraglichen Ehe nothwendig sei und den Rücksichten der Ehrbarkeit entsprechen würde;
- 4) daß dabei namentlich auf die zwischen den Parteien davorts abgeschlossene Uebereinkunft und auf das Einverständnis der Ehegatten, daß die Scheidung ausgesprochen werde, keinerlei Rücksicht genommen werden kann, indem conventionelle Ehescheidungen durchaus unzulässig sind und die Satz. 122 C. das Ehegericht ausdrücklich anweist, die Sache zu untersuchen und nach Ehd und Gewissen dasjenige zu erkennen, was es unter den obwaltenden Umständen der Ehrbarkeit gemäß erachtet;
- 5) daß im vorliegenden Falle der Hoffnung Raum gegeben wird, es werde eine nachdrückliche Vermahnung an die Eheleute und namentlich an die Ehefrau B. genügen, um die Eintracht und Verträglichkeit zwischen diesen Ehegatten wieder herzustellen und insonderheit die Ehefrau zu Erfüllung ihrer Pflicht zurückzuführen;

In Abänderung des erstinstanzlichen Urtheils

erkennt:

- 1) Der Ehemann B. ist mit seinem Ehescheidungsbegehren abgewiesen.
- 2) Die Eheleute B. und insbesondere die Ehefrau B. sind nach Satz. 122 C. nachdrücklich zur Verträglichkeit ermahnt.

3) Die Kosten sind zwischen den Eheleuten B. wettgeschlagen.

II.

Urtheile der Polizeikammer.

1. Veruntreuung.

Anwendung des Art. 2 der Verordnung vom 27 Juni 1803.
(Urtheil vom 20. April 1855.)

Gestützt auf eingereichte Anzeigen wurde gegen J. W. wegen Diebstahls und Unterschlagung eine Untersuchung eingeleitet, aus der sich im Wesentlichen folgendes ergab:

Im März 1852 kam W. das erste Mal zu Hrn. B. als Postillon in Dienst. Gegen das Ende seiner Dienstzeit von einem Jahre bemerkte er, nach seiner Angabe, an seinem Haftertrog im Stalle zu Herzogenbuchsee einen alten, ziemlich verrosteten, hohlen Schlüssel. Bei Besichtigung desselben fiel ihm ein, es dürfte derselbe die Thüre des Kornhausbodens öffnen, in dem Hr. B. seine Hafervorräthe hatte; er probirte hierauf diesen Schlüssel, konnte damit wirklich die Thüre öffnen und wieder verschließen. Beim Verschließen drehte er aber den Bart ab, den er nicht herausnehmen konnte. Er rüttelte deshalb an der Thüre, bis der Bart einwärts herabfiel. Am folgenden Morgen ging er mit Hrn. B. ins Kornhaus, um Hafer zu fassen, und bei dieser Gelegenheit konnte er den Schlüsselbart unbemerkt behändigen. Schon damals hatte er die Absicht, sich einen Schlüssel zum Kornhaus zu verschaffen. Bald hierauf ging er mit Hrn. B. wieder in's Kornhaus, um Hafer zu fassen; Letzterer ließ etwas liegen und sandte dann den W., um es zu holen, welcher, diesen Anlaß benutzend, sich von dem rechten Kornhausschlüssel einen Abdruck in Lehm verschaffte. Mit diesem Abdruck und dem Schlüsselrohr begab er sich zu dem Schlossermeister in R. und ließ bei demselben unter dem Vorgeben, er habe am Schlüssel seines Haferkastens

den Bart abgedreht, an das bezeichnete Schlüsselrohr einen Bart nach dem Lehmabdruck machen. Während dieser Dienstzeit begab er sich vier bis fünf Male ins Kornhaus das er mit dem nun erhaltenen Schlüssel öffnete, und behändigte zur Nachtzeit — jedes Mal zwei bis drei Viertel Hafer. Im Herbst 1853 als er des Dienstes bei Hrn. B. entlassen wurde, nahm er den nachgemachten Schlüssel zum Kornhaus mit. Im Herbst 1854 kam er neuerdings zu Hrn. B. in Dienst als Postillon nach H. und brachte auch den erwähnten Schlüssel mit. Gleich vom Diensteintritte an holte er nun vermittelt dieses Schlüssels alle 4 à 5 Tage oder in etwas längeren Zwischenräumen 2 bis 4 Viertel Hafer aus dem Kornhause und zwar, wenn er nach M. den Postwagen führte, zur Tageszeit, und wenn er solchen nach K. führte, in der Nacht um etwa 2 à 3 Uhr, bis zu seiner Dienstentlassung den 8. Hornung lethhin. Den auf angegebene Weise behändigten Hafer will er sämtlich den Postpferden des Hrn. B. gefüttert und davon keinen Kernen veräußert haben. Er will dieß gemacht haben, damit die Pferde fetter werden und er besser die Zeit einhalten könne, wenn er den Postwagen führe.

Im Frühling 1854 erhielt W. bestehender Uebung gemäß einen neuen Postillonsfrack, den er mit sich in seine Wohnung nahm und daselbst verbarg. Im Laufe des Sommers 1854 entwendete er dann dem damaligen Beiwagen-Postillon des Hrn. B., J. K., aus der Futtertenne zum Stalle des F. M. in H. einen ihm von Hrn. B. zugestellten Postillonsfrack. Er behändigte den Schlüssel zum Stalle in einem bei demselben befindlichen Fensterloche, wo er, wie W. wußte, aufbewahrt war, begab sich vermittelt desselben aus dem Stall, von wo er in die Futtertenne gelangen konnte. Diesen Frack trug er bis zu seiner Dienstentlassung und gab denselben dann nebst andern Gegenständen auf dem Postbureau ab, wobei dann der Rock sogleich als der entwendete anerkannt und durch dieses die Untersuchung veranlaßt wurde; den neuen Postillonsrock, den W. im Frühling 1854 erhielt, beabsichtigte derselbe mit sich fort zu nehmen und hatte ihn zu diesem Zwecke bei

Seite gelegt gehabt. Dieser wurde jedoch im Laufe der Untersuchung behändigt.

Hr. B. brachte an: Es habe kein von ihm angestellter Postillon den Pferden mehr Hafer füttern sollen, als er ihm jeweilen eingemessen oder habe einmessen lassen. Da die Pferde, welche W. zu besorgen gehabt, immer fetter gewesen, als die übrigen und er dieß einzig der guten Besorgung von Seite des W. zugeschrieben habe, so habe er diesem einen bedeutend größern Lohn gegeben, als jedem andern Postillon. Durch den Hafer, den W. mehr als die andern Postillone gefüttert, habe er nicht nur einen größern Lohn von seiner Seite erworben, sondern habe auch die Postwagen leichter zur gehörigen Zeit seine Station führen können und dadurch von der Postverwaltung immer die höchsten und mehrsten Prämien oder Trinkgelder erhalten, wodurch er ebenfalls größere Besoldung als jeder andere Postillon erhalten habe. Wie viel Hafer ihm aus dem Kornhause entwendet worden sei, könne er nicht angeben, da er über denselben keine Buchhaltung geführt habe. Es sei indeß sehr wohl möglich, daß ihm während dem angegebenen Zeitraum bei 100 Malter hätten entwendet worden sein können, ohne daß er etwas bemerkt hätte, wenn nicht dritte Personen zur Nachtzeit öfters Jemanden und namentlich den W. bemerkt hätten in's Kornhaus gehen und vom Hafer weggetragen, was er erst in ganz jüngster Zeit vernommen habe; er schätzt den Hafer per Malter auf Fr. 17 und den Postillonsrock, den W. mit sich fortnehmen wollte, auf Fr. 20.

W. gibt zu, daß er in Folge des Fütterns von mehr als dem ihm eingemessenen Hafer nicht nur fettere Pferde, sondern auch immer die mehrsten und höchsten Prämien erhalten habe, weil er die Zeit habe einhalten können, bestreitet jedoch die Behauptung, als habe er einen größern Lohn erhalten von Hrn. B., weil die ihm anvertrauten Pferde fetter gewesen seien als die andern, denn nur auf seine Reklamationen hin sei ihm von Hrn. B. der Lohn verbessert worden, der dann

allerdings mehr betragen habe, als der der andern Postillon.
Er nahm die Schatzungen an.

Es konnte nicht ermittelt werden, daß W. von dem gestohlenen Hafer verkauft habe, obschon Hr. B. ihn hiefür als verdächtig hielt, aber keine nähern Indicien angeben konnte.

W. will noch nie bestraft worden sein und ist nicht übel beleumdet.

Die Civilpartei, Hr. B., verlangte Entschädigung und Kosten.

Nachdem gegen das erstinstanzliche Urtheil sowohl von der Staatsanwaltschaft als von dem Angeschuldigten die Appellation erklärt worden, hat

die Polizeikammer
in Betrachtung :

- 1) daß der Thatbestand
 - a) der Veruntreuung von Hafer zum Nachtheile des Hrn. B. in einem nicht ausgemittelten Quantum,
 - b) der Veruntreuung eines Postillonsfracks im Werthe von 20 Fr. hergestellt,
- 2) daß J. W. der Urheberschaft dieser Vergehungen geständig und überwiesen ist;
- 3) daß demselben ein gewöhnlicher Grad böser Absicht zur Last fällt;
- 4) daß auf die Strafzumessung einwirkt: schärfend die Concurrenz der Vergehungen und daß dieselben von einem Hausgenossen zum Nachtheil des Dienstherrn größtentheils zur Nachtzeit stattgefunden; mildernd dagegen die Restitution des unterschlagenen Postillonsfracks und der Umstand, daß, soweit rechtlich ermittelt ist, W. wenigstens den Hafer vollständig den Pferden seines Meisters fütterte und der erlangte Gewinn nur in dem erhöhten Lohne seines Meisters und

in den erhöhten Prämien der Postverwaltung bestehend;

erkennt:

J. W. ist der Veruntreuung schuldig erklärt und in Anwendung der Art. 2 des Gesetzes vom 27. Juni 1803 korrektiv verurtheilt:

- 1) zur ausgestandenen Haft.
- 2) Zu einer achtjährigen Verweisung aus dem Kanton Bern.
- 3) Zum Schadensersatz, soweit derselbe nicht bereits durch Restitution geleistet ist.
- 4) Zu Bezahlung der Kosten.

2. Betrug.

Anwendung der Art. 1, 2 und 3 des Gesetzes vom 26. Mai 1848.

Abweisung einer forideclinatorischen Einrede.

(Urtheil vom 10. November 1855.)

Aus einer vom 12. Juli 1855 datirten Anzeige des J. K., Gemeindeammann zu W. und der daraufhin angehobenen Untersuchung ergibt sich im Wesentlichen folgendes:

Der Anzeiger K. reichte im April abhin als Gläubiger einer rechtlich betriebenen Forderung von Fr. 1036. 96 sammt Zinsausstand und Kosten gegen Ch. St. beim Richteramt E. ein Geltstagsbegehren ein, worauf der Gerichtspräsident von E. dem Schuldner am 26. April eine Frist bis 26. Mai 1855 ertheilte, um sich mit seinen Gläubigern gütlich abzufinden. Nachdem der Schuldner St. nach Ablauf dieser Frist noch einen ihm vom Gläubiger anberaumten Termin von 8 Tagen hatte nutzlos verstreichen lassen, wurde am 9. Juli 1855 der Geltstag über denselben richterlich verhängt, worauf am 14. gl. M. die gerichtliche Inventarisirung stattfand.

I. Inzwischen hatte St. laut Kaufbrief vom 25. Juni

1855 dem J. M. sein zu Gurmels gelegenes Heimmwesen um den Betrag von Fr. 2250. —
veräußert und auf Rechnung dieser Kaufsumme
dem Käufer Fr. 724. 64

überbunden. Die Kaufrestanz von Fr. 1825. 36
wurde als durch Baarzahlung getilgt erklärt und für dieselbe
quittirt. In diesem Kaufbriefe wurde der Besitz- und Nutz-
nießungsanfang auf 12. März 1855 zurückgestellt.

II. Am 18. Mai 1855 hatte St. dem J. W. zu R. für auf diesen Tag schuldige, von Brodlieferungen herrührende Fr. 9. 95 das Korn ab einem Acker und für fernerhin bis zum Betrage von Fr. 5. 75 zu lieferndes Brod, den Weizen ab einem Stück Land veräußert, jedoch so, daß er die veräußerten Früchte durch Bezahlung der Schuld bis 20. Juli wieder eigenthümlich hätte an sich bringen können. W. sammelte das Getreide ein und wurde deshalb vom Massaverwalter im Geltstage des St. aufgefordert, das Getreide der Masse zurückzuerstatten, welcher Aufforderung er jedoch keine Folge leistete.

St. gab zu, schon bei'r Veräußerung des Heimmwesens an M. von dem gegen ihn eingereicht gewesenen Geltstagsbegehren keine Kenntniß gehabt zu haben und behauptete, der Käufer habe ihm die Kaufrestanz der Fr. 1825. 36 unter verschiedenen Malen bezahlt. Die daheringe Baarschaft habe er für Viktualien verausgabt. Im Laufe der Voruntersuchung hatte St. anfänglich vorgegeben, M. habe ihm die Kaufrestanz bei'r Verschreibung in Gegenwart des Notar T. in M. bezahlt. Bald nachher änderte er seine dießfälligen Depositionen dahin ab, M. habe die Bezahlung theils vor Verschreibung des Kaufs, theils bei derselben, theils nachher geleistet. Auch habe M. seither die Zinse bezahlt, die er bei'r Verschreibung als bezahlt angegeben habe. Ferner habe der Käufer seither Brandasssekuranz-Steuer und einen Bäcker-Conto auf Rechnung der Kaufrestanz bezahlt. Die Kaufsumme sei wegen des Nachbarzuges so hoch gestellt worden. Spezielle Ausrechnung habe er mit M. keine getroffen. St. ist auch geständig,

dem Bäcker W. das Korn und den Wäzen ab den fraglichen zwei Aekern veräußert und sein daheriges Guthaben der Masse verschwiegen zu haben.

Der Angeschuldigte M. behauptete nicht gewußt zu haben, daß St. zur Zeit des Kaufabschlusses bereits im Gelts-tage gelegen sei. Auch er behauptet, die fragliche Kaufrestanz der Fr. 1825. 36 bezahlt zu haben und zwar vor Verschreibung des Kaufes. Er habe nämlich dem St. Viktualien geliefert und Schulden und Steuern für denselben bezahlt, was sich zusammen auf circa Fr. 280 belaufe. Von diesen an Zahlungsstatt gemachten Abtragungen hat M. durch Zeugniß des Vice-Präsidenten des Verwaltungsrathes von Gurmels nur einen Betrag von Fr. 31. 71 als durch ihn bezahlt bescheinigt. Ueberdies will M. dem St. den ganzen Sommer hindurch baares Geld vorgestreckt und sodann noch bei'r Verschreibung Fr. 50 bezahlt haben. Bei'r Stipulation des Vertrages habe man bloß Fr. 50 stehen lassen, für den Fall nämlich, daß noch etwas Unvorhergesehenes bezahlt werden müßte; diese stehen also allein noch dem St. zu. In dem ersten, durch den Untersuchungsrichter von M. am 20. Juli 1855 mit M. vorgewommenen Verhöre gab derselbe zu, kein Vermögen zu besitzen, behauptete jedoch, mit seiner Arbeit viel verdient zu haben, so daß er immer etwas Geld gehabt habe.

Der in der Sache ebenfalls abgehörte P. L., Notar zu M. machte bezüglich der erwähnten Kaufrestanz folgende Depositionen: M. habe in seiner Gegenwart das Geld für die rückständigen Zinse erlegt, wie viel, könne er jedoch nicht sagen; außerdem habe er in baar und als noch schuldige Restanz an St. Fr. 30 bezahlt.

Der Beklagte St. ist laut Zeugniß des Gemeinderathes von D. vom 22. Juli 1855 nicht am besten beleumdet. Dagegen lautet das vom 24. Juli 1855 datirte Reumundszugniß für M. günstig. Strafurtheile liegen gegen St. keine vor.

Die Angeschuldigten M. und St. erklärten die Appellation über das erstinstanzliche Urtheil.

Bei der Verhandlung in oberer Instanz stellte J. M. den Antrag: Es sei das Urtheil des Amtsgerichts L. als von einem incompetenten Gerichte gefällt aufzuheben.

Die Staatsanwaltschaft und die Civilpartei schlossen auf Abweisung dieses Antrages.

Die Polizeikammer hat ansehend
die Vorfrage
in Betrachtung:

daß durch Entscheid der Anklagekammer vom 25. August 1855 die bernischen Gerichte als die zu Untersuchung und Beurtheilung des vorliegenden Straffalles zuständigen erklärt worden sind;

in Anwendung des Art. 312 St.-B.

erkennt:

Der Angeschuldigte M. ist mit seiner fordeclinatorischen Einrede abgewiesen und zu den Kosten dieser Vorfrage verfällt.

In der Hauptsache,
in Betrachtung:

daß der Thatbestand folgender, zum Nachtheile der Geltstagsgläubigen des Ch. St. gereichenden Betrugshandlungen hergestellt ist:

1) Rechtswidrige Veräußerung von Früchten an J. B. nach bereits angebehrtem Geltstag;

2) Abschließung eines Kaufes zwischen St. und J. M. um ein dem erstern zuständig gewesenes Heimwesen zu G., wodurch die Gläubiger des Verkäufers benachtheiligt worden sind;

daß St. der ersteren Betrugshandlung unbedingt geständig ist;

daß ferner St. der letzteren Betrugshandlung dadurch überwiesen ist, daß er den Kauf mit M. zu einer Zeit abschloß, wo der Geltstag bereits gegen ihn angebehrt worden war, er somit nach Art. 598 B.-B. nicht mehr berechtigt war, über sein Vermögen zum Nachtheile seiner Gläubiger zu verfügen;

daß dagegen M. der Hülfeleistung bei dem letzteren Betrüge

im Sinne des Art. 4 des Gesetzes vom 26. Mai 1848 nicht überwiesen ist;

daß dem Ch. St. die böse Absicht in einem gewöhnlichen Grade zur Last fällt;

daß weder besondere Milderungs- noch Schärfungsgründe vorliegen;

in Anwendung der Art. 1, 2 und 3 des Gesetzes vom 26. Mai 1848

erkennt:

- 1) Ch. St. ist des Betruges zum Nachtheile seiner Geldtagemasse schuldig erklärt und correctionell verurtheilt:
- 2) Zu einer sechsmonatlichen Einsperrung und zu einer zweijährigen Einstellung in den bürgerlichen Ehrenfähigkeit.
- 3) Zu Bezahlung der Kosten.
- 4) Der Vertrag zwischen St. und J. W. v. d. 18. Mai 1855 ist nichtig erklärt.
- 5) In Betreff des Antrages der Civilpartei, insoweit er sich auf Nichtigkeit des Kaufsvertrages zwischen Ch. St. und J. M. bezieht, ist der Geldtagemasse des Ch. St. vorbehalten, gestützt auf das Confordat vom 7. Juni 1810, bestätigt den 8. Juli 1818 ihre Rechte vor den freiburgischen Behörden geltend zu machen.
- 6) St. ist überdies zum Schadensersatz verurtheilt gegenüber seiner Geldtagemasse, insoweit dieser nicht durch Nichtigerklärung des Kaufs zwischen ihm und W. geleistet werden sollte.
- 7) J. M. ist dagegen von der Anklage auf Hülfeleistung freigesprochen, jedoch in Anwendung des Art. 343 St.-B. ohne Entschädigung.
- 8) Betreffend J. W. hat es bei dem erstinstanzlichen Urtheile sein Bewenden. (In diesem wurde W. freigesprochen, jedoch ohne Entschädigung; alsdann wurde ihm die Verpflichtung auferlegt, das empfangene Korn oder den Gegenwerth desselben an die Geldtagemasse des St. zu restituiren.)

3. Widerhandlung gegen die Concession der Landschaft Oberhasle

vom 2. September 1797 und 21. November 1803, betreffend
die Sömmierung von Vieh auf den
Oberhasle-Alpen.

(Urtheil vom 6. Dezember 1855.)

Der Gemeinderath von Gadmern reichte dem Regierungsstatthalteramte Oberhasle im Juli abhin eine Anzeige im Wesentlichen folgenden Inhalts ein: A. G. zu Wasen, Kantons Uri, Eigenthümer des größten Theils der in der Landschaft Oberhasle gelegenen Steinalpe, habe schon mehrere Jahre und namentlich auch im verflossenen Frühling entgegen der am 2. Herbstmonat 1797 von Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern der Landschaft Oberhasle ertheilten Concession, sein im Kanton Uri überwintertes Vieh auf die fragliche Alpe treiben lassen.

Durch die fragliche Concession sei es jedem bei einer Buße von 9 Kronen von jeder Kuh untersagt, Vieh, das nicht in der Landschaft Oberhasle und nicht mit dort gewachsenem Futter überwintert worden sei, auf die Alpen der Landschaft zu treiben. Am 21. November 1803 sei diese Concession von Schultheiß und Rath des Kantons Bern erneuert und die Buße von 9 Kronen auf Fr. 16 herabgesetzt worden. Bei der am 24. Juni 1843 durch den Großen Rath erfolgten Aufhebung des Statutarrechtes der Landschaft Oberhasle sei ausdrücklich verordnet worden, daß die fragliche Concession wegen Sömmierung des Viehes auf den Oberhaslealpen auch ferner in Kraft verbleiben solle.

Der Beklagte A. G. gab zu, im Sommer 1855 20 Kühe, 4 Jährlinge und 90 Schafe, die nicht in der Landschaft Oberhasle überwintert worden seien, auf der Steinalpe gesömmert zu haben; er behauptete jedoch, der Ansicht gewesen zu sein, daß die fragliche Concession durch die Kantonalverfassungen von 1831 und 1846, sowie durch die Bundesverfassung von 1848, namentlich aber durch die Gesetze vom 24. Juni 1843

und 16. März 1853 aufgehoben worden sei; er trug auf Freisprechung und Zuspruch einer Entschädigung an.

Das Amtsgericht von Oberhasle verurtheilte hierauf unterm 12. November 1855 den A. G. zu einer Buße von Fr. 100, sowie zu Bezahlung der Kosten. Unterm 20. gl. Mts. erklärte derselbe die Appellation über dieses Urtheil.

Die Polizeikammer hat

in Betrachtung:

daß es zufolge Concession von Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern vom 2. September 1797, bestätigt den 21. November 1803 unter Androhung von Buße untersagt ist, Vieh, das nicht in der Landschaft Oberhasle und nicht mit dort gewachsenem Futter überwintert worden ist, auf die Alpen, Almenden und Weiden zur Sommerung zu treiben;

daß das Dekret des Großen Rathes über die Aufhebung des Statutarrechts in der Landschaft Oberhasle vom 24. Juni 1843 im Art. 2 ausdrücklich bestimmt, daß diese Aufhebung die fragliche Concession nicht in sich begreife, dieselbe gegentheils auch ferner in Kraft verbleibe, insoweit sie nicht durch allgemeine Gesetze aufgehoben sein möge;

daß aber die fragliche Concession weder mit der Verfassung und den Gesetzen des Bundes noch mit der Verfassung und den allgemeinen Gesetzen des Kantons im Widerspruch steht, indem

1) die fragliche Concession für Kantonsbürger gerade so gut wie für Bürger anderer Kantone Recht und Regel macht, sie somit keinerlei Vorrecht zu Gunsten der erstern begründet und ebensowenig das freie Niederlassungsrecht beeinträchtigt und

2) eine neue Bestätigung dieser Concession nach Mitgabe des Gesetzes vom 16. März 1853 Art. 3, nicht nothwendig war, indem die Bestimmungen derselben offenbar in die Kategorie von polizeilichen oder landwirthschaftlichen Vor-

schriften gehören, welchen die Bedeutung von Gewohnheitsrechten oder Ortsgebräuchen zukömmt und welche auch in Zukunft die ihnen als solche zukommende Geltung behalten;

daß U. G. geständig ist, der fraglichen Concession entgegengehandelt zu haben, indem er zugiebt, letzten Sommer 20 Kühe, 4 Jährlinge und 90 Schafe auf die Steinalp getrieben zu haben, welche nicht in der Landschaft Oberhasle oder an daselbst gewachsenem Futter gewintert worden;

daß jedoch demselben die böse Absicht nur in geringerem Grade zur Last fällt, und mildernd in Betracht kömmt, daß er in der Beglaubniß gestanden zu sein scheint, die fragliche Concession bestehe nicht mehr in Kraft;

erkennt:

U. G. ist der eingeklagten Widerhandlung schuldig erklärt und in Anwendung der Concession von Schultheiß und Rath der Stadt und Republik Bern vom 2. September 1797 (bestätigt den 21. November 1803) und des §. 6, Seite 20 des Ecolumententarißs von 1813 polizeigerichtlich verurtheilt:

- 1) zu einer Buße von Fr. 100 und
- 2) zu Bezahlung der Kosten.

G. beschwerte sich über vorstehendes Urtheil der Polizeikammer bei dem Bundesrathe, indem er wesentlich folgende Gründe geltend machte:

Rekurrent habe im Jahr 1849 im Oberhasle die Alp zum Stein gekauft, um neben der Gastwirthschaft am Sustenpasse die Alpenwirthschaft zu betreiben und sein in Wasen befindliches Vieh dort zu sömmern. Das Eigenthum sei ihm von der Behörde ohne alle Beschränkung zugefertigt worden. Nach mehrjähriger Benutzung sei er im Jahr 1855 vom Amtsgerichte Oberhasle bestraft worden, weil er, entgegen einer Verordnung vom 2. September 1797, sein im Kanton Uri überwintertes Vieh auf der Steinalpe gesömmert habe. Dieses Urtheil sei auch in zweiter Instanz bestätigt worden, im

Widerspruch mit der kantonalen Gesetzgebung, welche jene Verordnung aufgehoben habe, und mit den Grundsätzen der Bundesverfassung.

Eine freie Niederlassung und Gewerbsausübung (Art. 41 der Bundesverfassung) bedinge die Benutzung der zum Gewerbsbetriebe nothwendigen Geräthschaften und Zuthaten, wozu bei der Alpenwirthschaft auch der Viehstand gehöre. Man könne daher nicht eine dem Lande unschädliche Gewerbsausübung unter dem Vorwande polizeilicher Vorschriften unmöglich machen. Das geschehe aber durch das Verbot, auch gesundes Vieh auf eigenen Alpen zu sömmern; und diese Grundstücke werden werthlos für den Rekurrenten, wenn er nicht sein eigenes Vieh, das er in Wasen überwintere, dorthin führen könne. Diese Beschränkung des Eigenthums verstoße um so mehr gegen die freie Gewerbsbetreibung, als die Steinalpe nicht eine Gemeinds-, sondern eine Privatalpe sei.

Die Verordnung vom Jahr 1797 widerspreche auch dem Grundsätze freien Handels und freier Ein-, Aus- und Durchfuhr (Art. 29 der Bundesverfassung). Die Einfuhr höre von selbst auf, wenn das kantonsfremde Vieh auf den Alpen nicht gesömmert werden dürfe. Die polizeilichen Maßregeln dürfen nicht ein allgemeines Verbot der Sömmernng fremden Viehes enthalten, weil dadurch auch gesundes Vieh ausgeschlossen werde.

Endlich verstoße jene Verordnung auch gegen das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetze und der Aufhebung der Vorrechte des Orts und der Personen, welches nicht nur auf politische Gleichheit, sondern auch auf gleiche Behandlung in Verkehr, Niederlassung und allen Verhältnissen des Lebens bezogen werden müsse. Jenes Verbot enthalte nun aber ein Vorrecht zu Gunsten des Oberhasler Viehes oder der Besitzer desselben. Die Einwendung, daß auch die Kantonsbürger von der Verordnung betroffen werden, sei nur scheinbar richtig. Da nämlich der Richter nur auf Klage der verletzten Partei einschreite, diese aber gegen Landesangehörige nie klagend auftrete, so haben nur Nichthasler unter der Beschränkung zu

leiden. Eine Menge fremden Viehes werde auf Oberhasler=Alpen gesömmert, ohne daß die Eigenthümer (Bürger von Oberhasle) verzeigt oder gestraft werden. Die fragliche Verordnung bezwecke mithin nur die Vertreibung der im Oberhasle angeessenen Nichthasler. Das Gesuch gehe daher auf Aufhebung des Urtheils der Polzeitkammer des Kantons Bern.

Die Landschaft Oberhasle ließ durch ihren Anwalt gegen diese Beschwerde im Wesentlichen Folgendes bemerken:

Die Verordnung vom Jahr 1797 sei nur die Bestätigung eines Wohnheitsrechtes; sie sei in der Landschaft immer befolgt, vom Obergerichte durch Urtheil vom Jahr 1839 und selbst vom Großen Rathe durch Beschluß vom Jahr 1843 als in Kraft bestehend erklärt worden. Unrichtig sei, daß sie nur gegen fremde Niedergelassene angewendet werde, wie aus dem beigelegten Bußenrodel ersichtlich sei. Das Recht der freien Niederlassung und Gewerbsbetreibung sei nur mit der Beschränkung garantirt, daß die Gesetze und Verordnungen maßgebend seien. Der Niedergelassene solle zwar dem Kantonsbürger gleich, nicht aber besser als dieser gestellt sein. So verstanden, widerspreche die Bundesverfassung jener Verordnung nicht, sondern bestätige sie. Uebrigens sei die Behauptung, daß die Niederlassung dort unmöglich gemacht werde, eine starke Uebertreibung; denn nicht nur könne der Rekurrent dort wohnen und jeden Beruf ausüben, sondern er könne auch die Alpe benutzen, indem er sie entweder verpachte oder eigenes Vieh darauf treibe, das im Lande überwintert werde.

Der Art. 29 der Bundesverfassung enthalte nur die Konsequenzen der Bestimmungen über das Zollwesen (Art. 23—32) und ein Verbot gegen die frühern gänzlichen Verkehrsabsperrungen zwischen einzelnen Kantonen. Die Verordnung vom Jahr 1797 verhindere nun in keiner Weise den Kauf oder Verkauf von fremdem oder einheimischem Vieh im Oberhasle und unterwerfe dasselbe bei der Ein-, Aus- oder Durchfuhr keinerlei Gebühr. Ebenso verhalte es sich mit dem angerufenen Art. 4 der Bundesverfassung, indem die Oberhasler kein Vorrecht besitzen, sondern der gleichen Beschränkung

unterworfen seien, wie der fremde Niedergelassene. Schließlich werde nach Art. 52 der bernischen Verfassung einer gesetzgebenden oder administrativen Behörde das Recht bestritten, ein richterliches Urtheil zu fassiren, und daher auf Abweisung der Beschwerde angetragen.

Der Bundesrath faßte hierauf,
in Erwägung :

- 1) daß, wenn vorerst den Bundesbehörden die Competenz bestritten wird, ein rechtskräftiges, kantonales, gerichtliches Urtheil aufzuheben, diese Einrede in so weit begründet ist, als die Bundesbehörden allerdings nicht competent sein können, ein solches Urtheil, vom Standpunkte der kantonalen Gesetzgebung aus, einer Kritik zu unterwerfen und zu entscheiden, ob dieselbe richtig oder unrichtig angewendet sei; daß aber nach der Natur der Sache, nach constanter Praxis und mehrfachen Entscheidungen der h. Bundesversammlung jene Competenz der Bundesbehörden eintritt, wenn über Verletzung von Bundesvorschriften oder Confoedaten Beschwerde geführt wird, weil die Handhabung derselben unter der Aufsicht und Garantie der Bundesbehörden steht (Bundesverfassung Art. 90, Ziff. 2 und Art. 74, Ziff. 8 und 15) und weil die Gerichte, in deren Geschäftskreis ein Theil der Bundesvorschriften fällt, dieselben eben so gut zu respektiren haben, als andere Behörden;
- 2) daß nun auf den ersten Abschnitt der Beschwerdeschrift, worin ausgeführt wird, daß die streitige Rathsverordnung vom Jahr 1797 nach bernischen Gesetzen nicht mehr in Kraft bestehe und daher nicht hätte angewendet werden sollen, nach Erwägung 1 nicht einzutreten ist, weil über diese Frage die bernischen Gerichte allein zu entscheiden competent sind;
- 3) daß die Beschwerde über Verletzung verschiedener Artikel der Bundesverfassung durch die fragliche Ver-

ordnung und deren Anwendung nicht als hinreichend begründet erscheint:

- a) indem Art. 41, Ziff. 4 die Gewerbsbetreibung und den Erwerb von Liegenschaften ausdrücklich nur nach Maßgabe der bestehenden Gesetze garantiert und lediglich verlangt, daß diese den Bürger und Niedergelassenen gleich behandeln, welches letztere in der betreffenden Rathsverordnung offenbar der Fall ist; indem ferner durch die streitige Verordnung die Niederlassung dem Rekurrenten keineswegs unmöglich wird, weil er, ganz abgesehen von anderweitiger Benutzung der Alpe, z. B. durch Verpachtung, gerade durch eine Niederlassung im vollsten Sinne des Wortes, d. h. durch Uebersiedlung mit seinem ganzen Besitzthum und Viehstand in's Oberhasle zur unbeschränkten Benutzung der Alpe befähigt wird;
- b) indem Art. 29 der Bundesverfassung sich nicht auf das Verhältniß der Niederlassung oder eines bleibenden Aufenthalts bezieht, sondern die Prohibition von Ein-, Aus- oder Durchfuhr, sowie den Bezug von kantonalen Gränzgebühren aufhob, womit die Rathsverordnung von 1797 nicht im Widerspruche steht, zumal sie nur das Sömmern von fremdem Vieh verbietet, nicht aber die Abschaffung des nöthigen Futters; um dem Vieh den Durchgang über die Gränze möglich zu machen;
- c) indem endlich ebensowenig der Art. 4 hier anwendbar ist, weil ein Privilegium von Ortschaften oder Personen im Sinne dieses Artikels, der gewiß nicht alle Statutarrechte einzelner Landestheile aufheben wollte, nicht vorhanden ist, vielmehr alle Bewohner dieses Landes-

theiltes dem nämlichen Statute unterworfen sind, dem sich Refurrent entziehen will;

- 4) daß, wenn endlich behauptet wird, diese Gleichheit vor dem Gesetze sei nur eine scheinbare, indem dasselbe nur gegen Fremde angewendet werde, diese Behauptung theils faktisch durch die Akten widerlegt wird, theils nicht geeignet ist, eine Intervention des Bundes zu motiviren, weil auch, wenn der gerügte Uebelstand vorhanden wäre, der Grund davon theils in unzumuthlicher Redaktion der Verordnung, theils in mangelhafter Vollziehung des Gesetzes liegen würde, gegen beides aber bei den competenten Behörden des Kantons Bern Abhülfe gesucht werden müßte;

den Beschluß:

Es sei der Beschwerde keine Folge zu geben.

In dem Begleitschreiben, mit welchem diese Schlußnahme der Regierung von Bern zugesandt wurde, ward jedoch darauf hingewiesen, wie nahe das erwähnte Landesstatut von Oberhasle an das bundesrechtlich Unstatthafte anstreife, und zugleich auf einige aus dem kantonalen Rechte von Bern gezogene Gründe aufmerksam gemacht, um die Wünschbarkeit zu zeigen, daß ein solches Statut außer Kraft gesetzt werden möchte.

4. Holzschlagen ohne Bewilligung.

Anwendung des S. 1 der Polizeivorschriften vom 7.

Januar 1824.

(Urtheil vom 26. April 1856.)

Auf eingelangte Anzeige, wegen unbewilligtem Holzschlag, wurde C. G. vom Richter einvernommen; derselbe deponirte: Es sei richtig, daß er in seinen Waldungen circa 34 Stücke Tannen habe schlagen lassen und verkauft habe; jedoch habe er diesen Holzschlag erst dann vorgenommen, als ihm Hr. Notar B., den er mit der Besorgung einer Holzschlagspublikation resp. Bewilligung rechtzeitig beauftragt, erklärt habe,

die Sache sei in Ordnung, und dem Regierungsstatthalter zur Einsendung an die Forstbeamtung übergeben worden.

Hr. Notar B. erklärte: G. habe seiner Zeit ihm Auftrag ertheilt, eine Holzschlagsbewilligung für 30 à 40 Stöcke auszuwirken, worauf hin er eine daheringe Publikation erlassen. Da gegen dieses Vorhaben keine Oppositionen eingelangt seien, so habe er beim Regierungsstatthalteramte zu Händen der Forstdirektion ein Gesuch um Bewilligung dieses Holzschlages eingegeben, jedoch trotz mehrmaliger Nachfrage weder die Bewilligung, noch einen Abschlag erhalten.

Der Regierungsstatthalter von S. dagegen erklärte, er habe die fragliche Holzschlagspublikation bewilliget, hingegen sei ihm von G. niemals ein Gesuch um eine Bewilligung des Holzschlages zugestellt worden; denn er versende solche Gesuche jeweilen sofort an die Forstdirektion und nehme davon in seinen Controllen Notiz, könne aber von einem Gesuche des G. in denselben keine Erwähnung finden.

Der Polizeirichter von S. sprach unterm 22. Hornung 1856 den C. G. von Buße frei, verurtheilte denselben aber zu den Untersuchungskosten.

Gegen dieses Urtheil erklärte die Staatsanwaltschaft die Appellation.

Die Polizeikammer hat
in Betrachtung:

- daß zufolge Art. 1 der Polizeivorschriften über Holzschläge und Flößungen, vom 7. Januar 1824, allen Gemeinden und Rechtsamebesitzern verboten ist, Holzschläge zum Verkauf oder zum Holzhandel anzulegen, ehe und bevor sie die Bewilligung dazu erhalten haben;
- daß nach dem 2. Absatz des nämlichen Artikels waldbesitzende Partikularen einer solche Bewilligung ebenfalls bedürfen, insoweit als sie die von ihnen anzulegenden Holzschläge zum Wegflößen aus dem Amtsbezirk, zum Holzhandel und zur Ausfuhr aus dem Kanton bestimmt sind;
- daß diese Bestimmungen durch die Polizeivorschriften vom 26. Oktober 1853, §. 6 lit. b, 2. Alinea, nur insofern eine

Modifikation erlitten haben, daß für Holzschläge bis auf 10 Stöcke, auch wenn das Holz zur Ausfuhr aus dem Kanton bestimmt wird, keine Bewilligung, wohl aber eine Anzeige bei dem betreffenden Oberförster und zwar vor Anhebung des Schlages erforderlich ist;

daß C. G. geständig ist, circa 34 Stöcke Tannen in seinen Waldungen und 59 Stücke Trämel an Holzhändler H. verkauft zu haben, ehe und bevor er die Bewilligung dazu erhalten hatte;

daß die Berufung auf den vorangeführten §. 6 der Polizeivorschriften vom 26. Oktober 1853 dem G. nicht zu statuten kommen kann, weil er ein weit bedeutenderes Quantum Holz geschlagen hat, als 10 Stöcke und zudem nicht ersichtlich ist, daß die vorgeschriebene Anzeige an den Oberförster gemacht worden sei, übrigens G. dadurch, daß er den Notar B. mit der Auswirkung einer Bewilligung beauftragte, selbst anerkannt hat, daß er einer Bewilligung bedürfe;

daß indeß zu berücksichtigen ist, daß G. den Notar beauftragt hatte, in seinem Namen die erforderlichen Schritte zu Erhaltung einer Bewilligung zu thun;

erkennt:

C. G. ist der Wiederhandlung gegen die Polizeivorschriften vom 7. Januar 1824 schuldig erklärt und in Anwendung des §. 1 dieser Vorschriften polizeigerichtlich verurtheilt:

zu einer Buße von Fr. 100 und zu Bezahlung der Kosten.

5. Forideclinatorische Einrede

in einer Untersuchung wegen unrechtmäßigen Gebührenbezugs.

(Erkenntniß vom 1. Oktober 1856).

J. L., gewesener Amtschreiber von R., reichte s. Z. dem Argierungsrathe des Kantons Bern eine vom 16. Juli 1855 datirte Anzeige ein, worin er den Amtsgerichtschreiber J. H.

beschuldigte, in verschiedenen Liquidationen unrechtmäßige Gebühren bezogen zu haben. Von Seite der Justizdirektion wurde hierauf, nachdem sowohl H. als Gerichtspräsident B. in der vorliegenden Sache Berichte eingereicht hatten, ein Untersuchungskommissär bestellt, welcher gestützt auf die von ihm geführte Untersuchung und in Umfassung des in seinem Berichte vom 16. April 1856 Angebrachten zu dem Schluß kam:

- 1) Amtsgerichtschreiber H. habe sich in 19 Liquidationen, sowohl zum Nachtheil des Staates als zum Nachtheil der betreffenden Gläubiger des unrechtmäßigen Gebührenbezuges schuldig gemacht im Betrage von Fr. 1227. 98.
- 2) Derselbe habe die Admittirung jener Kosten durch Mittheilung falscher Thatsachen an den Richter veranlaßt.
- 3) Die Rückvergütung der Stempelgebühr an den Staat, vermittelt nachträglicher Ausfertigung der in Rechnung gebrachten Anweisungstitel sei als Milderungsgrund anzusehen.

Infolge Beschlusses des Regierungsrathes vom 16. Mai 1856 übermittelte die Justizdirektion durch Schreiben vom 19. gleichen Monats dem Regierungstatthalteramt R. die dahingehenden Untersuchungsakten zur Kenntnißnahme und um gegen H. nach Vorschrift des Gesetzbuches über das Verfahren in Strafsachen (Art. 74) zu progrediren.

H. wurde durch den nämlichen Beschluß vom 16. Mai in der Ausübung seines Amtes eingestellt.

Hierauf wurde gegen denselben die Untersuchung in dem bezeichneten Sinne geführt und unterm 19. Juli 1856 vom Untersuchungsrichter die Voruntersuchung als geschlossen erklärt und die Sache soweit sie von der s. Z. im Bericht des Gerichtspräsidenten von R. gemachten Zusammenstellung beschlagen wird, an das correctionelle Gericht überwiesen; im Uebrigen sei in dieser Sache auf dem Untersuchungswege nicht weiter zu progrediren. Zu diesem Beschluß erklärte der Be-

zirksprokurator des I. Geschwornenbezirks unterm 17. August 1856 seine Bestimmung.

Die erwähnte Zusammenstellung des Gerichtspräsidenten B. vom 15. Dezember 1855 stellt als Endresultat der gemachten Nachforschungen auf, daß Amtsgerichtschreiber H. in verschiedenen Liquidationen zusammen Fr. 1233. 73 unrechtmäßig bezogen habe.

An dem zur Hauptverhandlung bestimmten Termin vom 4. September 1856 stellte der Vertheidiger des Angeeschuldigten die Vorfrage auf: Es sei gerichtlich zu erkennen, daß Amtsgericht K. als correktionelles Gericht sei nicht befugt, in der vorliegenden Sache zu urtheilen, unter Kostenfolge.

Diesem Antrage widersetzte sich die Civilpartei, während die Staatsanwaltschaft ohne einen bestimmten Antrag zu stellen, den Entscheid der aufgeworfenen Vorfrage dem Gerichte überließ.

Das Gericht wies den Amtsgerichtschreiber H. mit der gestellten Vorfrage ab, unter Kostenfolge.

Gegen diesen Entscheid erklärte Letzterer die Appellation.

Die Polizeikammer hat in
Betrachtung:

Daß nach Art. 43 der Gerichtsorganisation vom 31. Jult 1847 der Gerichtspräsident über alle Fälle zu urtheilen hat, deren Beurtheilung ihm das Gesetz überträgt;

daß nun nach Art. 11. fl. Theil VIII des Emolumenttarifs von 1813 jede Ueberschreitung desselben resp: Widerhandlung gegen denselben durch den Polizeirichter erledigt werden soll;

daß im vorliegenden Falle nach der Lage der Akten angenommen werden muß, daß gegen H. eingeklagte Vergehen bilde eine Widerhandlung gegen den Tarif;

daß mithin die forideclinatorische Einrede des H. als begründet erscheint;

in Anwendung des Art: 36 P.

erkennt:

Dem Appellanten H. ist der Schluß seiner forideclinatorischen

Einrede zugesprochen. Die Civilpartei ist zu den Kosten des Angeschuldigten verfällt. Die übrigen Kosten sind dem Staate auferlegt.

6. Verjährungseinrede
in der nämlichen Untersuchung.
(Erkenntniß vom 31. December 1856.)

Infolge der soeben erwähnten Entscheidung der Polizeikammer wurde in dieser Sache Termin zur Hauptverhandlung vor dem Polizeirichter bestimmt auf 27. November 1856. An diesem Termine stellte der Angeschuldigte, Amtsgerichtsschreiber H., den Antrag: Es sei zu erkennen, die aus der ihm zur Last gelegten Polizeiübertretung entspringende öffentliche und Civilklage sei verjährt, unter Kostenfolge.

Zu Begründung dieser Einrede wurde im Wesentlichen angebracht:

In der vorliegenden Untersuchung sei die erste Verfolgungshandlung des damit gesetzlich beauftragten Beamten, Regierungsstatthalter von R., am 19. Juni 1856, mithin 2 Jahre und 12 Tage nach der incriminirenden letzten Tarifüberschreitung resp. überhaupt angeblich strafbaren Handlung des J. H. vorgenommen worden, und als Beweismittel die sachbezüglichen Liquidationsprotokolle vorgelegt. Aus diesen Protokollen, so wie aus dem mehrerwähnten Bericht des Gerichtspräsidenten B. vom 15. Dezember 1855 geht hervor, daß die 18 Liquidationen, in Bezug auf welche H. der Widerhandlung gegen den Tarif angeschuldigt ist, in den Jahren 1851 bis 1854 vollführt worden und die richterlichen Moderationen der daherigen Kostennoten erfolgt sind wie folgt:

1. am 31. Jenner 1852.
2. „ 25. Mai „
3. „ 21. April „
4. „ 5. Juni „
5. „ 8. Juli „
6. „ 24. „ „
7. „ 28. Dezember „

8.	am	19. Juni	1853.
9.	"	12. Juli	"
10.	"	25. August	"
11.	"	12. October	"
12.	"	15. September	"
13.	"	2. August	"
14.	"	24. September	"
15.	"	28. Juli	"
16.	"	19. März	1854.
17.	"	19. Mai	"
18.	"	7. Juni	"

Im Fernern verlangte J. H. eventuell, daß die f. Z. gegen ihn ausgesprochene Einstellung in seiner Beamtung als Amtsgerichtschreiber aufgehoben werde.

Die Staatsanwaltschaft schloß auf Abweisung der Verjährungseinrede sowohl als des zweiten Antrages.

Der Vice-Gerichtspräsident von K. wies dann auch den Angeschuldigten mit der Verjährungseinrede ab, unter Suspension der Kosten zur Hauptsache.

Gegen dieses Urtheil erklärte J. H. die Apellation.

Hierauf reichte alt-Amtschreiber E. dem Untersuchungsrichteramte K. zu Händen der Polizeikammer des Appellations- und Cassationshofes einen vom 7. Dezember 1856 datirten Akt ein, worin er erklärte, daß er die f. Z. beim Regierungsrathe, dem Regierungsstatthalteramte K. und dem dasigen Richteramte gegen Amtsgerichtschreiber H. eingereichten Anzeigen wegen unrechtmäßigen Gebührenbezuges, so viel an ihm, anmit zurückziehe und demnach der dahertige Civilpunkt als dahin gefallen zu betrachten sei; ebenso daß er gegen ein allfällig den Angeschuldigten freisprechendes Urtheil nichts einwenden werde, alles jedoch unter Verwahrung aller Rechte, daß ihm als Civilpartei in dieser Sache keine Kosten auferlegt werden.

Die Polizeikammer hat
in Betrachtung :

- 1) Daß zufolge des von der Polizeikammer unterm 1.

- Oktober 1856 erlassenen Interlokut-Urtheils lediglich eine Widerhandlung gegen den Tarif in Frage steht, welche nach Art: 11 Theil VIII. des Emolumenten-Tarifs von 1813 in Verbindung mit dem Dekrete vom 30. März 1833 vom Polizeirichter zu beurtheilen, folglich als eine einfache Polizeiübertretung anzusehen ist;
- 2) daß, vorausgesetzt Amtsgerichtschreiber H. habe sich wirklich einer Widerhandlung gegen den Tarif schuldig gemacht, er dieß nur durch Aufnahme unrichtiger Ansätze in die dahierigen Kostensnoten und deren Zustellung zur Moderation an den Richter bewerkstelligt haben könnte;
 - 3) daß in den hievor sub. Art: 1—15 bezeichneten Liquidationen die Moderationen der dahierigen Kostensnoten bereits in den Jahren 1852 und 1853 erfolgt sind, während die letzte der in den übrigen 3 Liquidationen verfaßten Kostensnoten am 7. Juni 1854 richterlich bestimmt wurde, den jeweiligen Moderationssentenzen aber die Ausstellung und Einreichung der Kostensverzeichnisse vorangegangen sein muß;
 - 4) daß nach Art: 9 des Gesetzbuches über das Verfahren in Strafsachen vom 2. März 1850, welches mit dem Inkrafttreten der neuen Ausgabe desselben, am 1. August 1854 außer Wirksamkeit gesetzt worden, die öffentliche und Civilklage aus allen Polizeiübertretungen binnen 6 Monaten nach Art: 9 der neuen Ausgabe aber binnen zwei Jahren von dem Tage der Begehung an zu rechnen, verjährt sind, wenn inzwischen keine Verhandlung zu Verfolgung des Angeeschuldigten vorgenommen worden;
 - 5) daß in der vorliegenden Untersuchung die erste Verfolgungshandlung des Regierungsstatthalters von R. durch Erlass einer Vorladung an den Anzeiger J. L. am 19. Juni 1856 vorgenommen wurde, mithin zwischen diesem Akt und der Ausstellung und Einreichung der letztern 3 unter die Verjährungsfrist von zwei Jah-

ren fallenden Kostennoten ein Zeitraum von mehr als 2 Jahren liegt, während die Klage betreffend die übrigen Widerhandlungen gegen den Tarif bereits unter der Herrschaft des frühern Strasprozeßgesetzbuches verjährt war ;

- 6) daß endlich alt-Amtschreiber L., auf dessen Anzeige hin die vorliegende Untersuchung angehoben worden, am 7. Dezember abhin die Erklärung ausgestellt hat, daß er die sachbezüglchen, von ihm eingereichten Anzeigen zurückziehe und mithin der daherige Civilpunkt als erledigt zu betrachten sei, und außer Herr L. Niemand bei der competenten Behörde eine Klage angebracht hat ;

erkennt:

Es ist dem Angeschuldigten J. H. der Schluß seiner Verjährungseinrede zugesprochen und die Kosten der ersten Instanz wie diejenigen der Weiterziehung sind dem Fiskus auferlegt.

7. Kindesaussetzung.

Anwendung des §. 29 des Gesetzes vom 18. Februar 1823.

(Urtheil vom 4. November 1856.)

Unterm 3. Juli 1856, Morgens früh um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr herum, wurde in der Tenne der M. S. geb. B. zu N. ein 2 à 3 Wochen altes, dürftig gekleidetes Kind, männlichen Geschlechts auf dem Heu liegend gefunden. Bei'r Durchsuchung der Tenne, der Bühne und des Stalles des betreffenden Hauses fanden sich keine Spuren vor, welche Verdacht auf irgend Jemand warfen.

Am 11. September 1856 stellte sich die S. D. auf dem Regierungsstatthalteramte S. und legte ein reumüthiges Geständniß betreffend die Aussetzung dieses Kindes ab, indem sie in den mit ihr aufgenommenen Verhören im Wesentlichen aus sagte: Der Vater dieses von ihr unterm 5. Juni abhin in der Entbindungsanstalt in Bern gebornen Kindes sei ein M. J. von M. Vierzehn Tage nach der Entbindung sei sie mit ihrem Kinde auf B. zu ihrem Vater gegangen, wo sie

jedoch keine gütige Aufnahme gefunden, theils weil sie schon zum dritten Mal außerehelich geboren, theils wegen seiner Armut und weil sie zu Hause, da sie schon lange Jahre unter fremden Leuten gedient, entfremdet gewesen und nicht wie die übrigen Kinder gehalten worden sei. Da sie eingesehen habe, daß zu Hause ihres Bleibens nicht sein könne und ihr von den Behörden jegliche Unterstützung verweigert worden, habe sie den Entschluß gefaßt, das Kind auszusetzen, zu welchem Zwecke sie sich unterm 2. Juli abhin Abends 9 Uhr mit demselben, nachdem sie es gut angekleidet, von Hause begeben und solches in der bewußten Tenne in's Heu, welches sie zu diesem Zwecke zusammengesucht, abgelegt habe. Hierauf habe sie sich in den Kanton Neuenburg begeben und in einer dortigen Fabrike Beschäftigung gefunden. Sie habe aber keine Ruhe gehabt und die Ungewißheit über das Schicksal ihres Kindes habe sie veranlaßt, von ihrem Fehltritte Anzeige zu machen.

Laut Zeugniß vom 15. September 1856 erklärte der Gemeinderath von B., daß er über den Leumund der S. D. außer daß dieselbe 3 Mal schwanger in die Gemeinde gekommen sei, nicht Auskunft geben könne, da sie sich sonst nicht in ihrer Heimathgemeinde aufhalte.

Durch Beschluß der Anklagekammer vom 1. Oktober 1856 wurde die S. D. wegen Kindesaussetzung dem korrekzionellen Gericht-Amisgericht S. überwiesen.

Dieselbe erkläre gegen das von dieser Behörde ausgefallte Urtheil die Appellation.

Die Polizeikammer hat
in Betrachtung:

daß der Thatbestand einer Kindesaussetzung unter Umständen, unter welchen keine Gefahr für das Leben des Kindes zu besorgen war und dasselbe auch wirklich am Leben geblieben (§ 29 des Gesetzes vom 18. Februar 1823) hergestellt ist;

daß die S. D. dieses Vergehens geständig ist;

daß ihr reumüthiges Geständniß mildernd, der Umstand aber,

daß sie schon zum dritten Mal außerehelich niedergekommen, schärfend auf die Strafzumessung einwirkt ;

erkennt :

- 1) G. D. ist der Kindesaussetzung unter den vorangegebenen mildernden Umständen schuldig erklärt.
- 2) Dieselbe ist in Anwendung des angeführten § 29 des Gesetzes vom 28 Februar 1823 correctionell verurtheilt: Zu einer einjährigen Zuchthausstrafe, wovon die ausgestandene Haft abzuziehen ist ; zu einer vierjährigen Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit ; und zu Bezahlung der Kosten.

Anmerkung. Dieses Urtheil ist deshalb interessant, weil es sich um die Frage handelte, ob und inwiefern der §. 29 des Kindermordgesetzes durch den §. 10 des Armenpolizeigesetzes aufgehoben und ersetzt worden sei.

8. Unbefugte Ausübung des Arztberufes und Uebertretung des Fremdenpolizeigesetzes.

(Freisprechendes Urtheil vom 12. November 1856.)

Die Herren B. und St., Aerzte in J., machten dem dortigen Regierungsstatthalteramte durch Schreiben vom 25. Juni 1856 die Anzeige, daß Dr. G., welcher sich s. Z. in Berlinerblättern den nach J. gehenden deutschen Brustleidenden für die Kurzeit empfohlen, seit 6 à 7 Tagen im Hotel R. logiere und ohne die erforderliche Bewilligung ärztliche Funktionen ausübe, namentlich habe derselbe bereits eine fremde Dame, welche an Dr. St. empfohlen gewesen, behandelt, und letztere sei von einem Herrn K., dessen Schwester er ärztlich behandelt, abgedankt worden, um, (wie dieser gesagt) von der Ankunft eines Berlinerarztes zu genauer Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Kranken zu profitieren.

Schließlich verlangten die Anzeiger, daß sie gegen die ihnen aus dem unbefugten Prakticiren des Dr. G. entstehenden Nachtheil geschützt werden.

Der Angeschuldigte am 25. Juli über diese Anzeige einvernommen, stellte in Abrede, daß die fragliche Empfehlung in Berliner-Blättern von ihm ausgegangen, so wie daß er in

J. die ärztliche Praxis ausgeübt, oder zu dem Zwecke dorthin gereist sei. Der Fräulein N. habe er allerdings Rath ertheilt, aber bloß aus Freundschaft und nicht gegen Bezahlung.

Auf eine am 29. Juli vom Landjäger-Corporal D. dem Regierungsstatthalteramte J. der nämlichen Sache wegen gemachte Anzeige, worin angegeben wurde, daß Dr. G. verschiedene, in dortigen Pensionen logierende Fremde, namentlich die Herren W., B., S., R., die Landgräfin von H., und A. m. ärztlich behandelt, erfolgten mehrere Abhörungen, deren Resultat im Wesentlichen folgendes ist:

1) D. N. aus N. sagte aus: Seine Schwester sei von Dr. G. behandelt worden, welchen er auf die Ankunft des Dr. G. abgedankt, in der Absicht, dieselbe von diesem behandeln zu lassen; dieß sei jedoch nur ein Wunsch gewesen, welchen er habe aufgeben müssen, nachdem er sich über die hiesigen Verhältnisse der Aerzte habe aufklären lassen, um weder sich selbst noch Herrn G. in Verlegenheit zu bringen; er versichere daher, daß er den Dr. G. nicht als Arzt consultirt, auch nicht für solche ärztliche Funktionen in Anspruch genommen habe.

2) J. N., Pensionshalter in A., deponirte: Dr. G. halte sich seit circa 5 Wochen in seiner Pension auf, er habe nicht im geringsten bemerkt, daß derselbe eine ärztliche Praxis ausübe, auch sei ihm nicht bekannt, daß er Jemanden ärztlich behandelt.

3) N. W., aus Berlin: derselbe stellte des bestimmtesten in Abrede, von Dr. G. ärztlich behandelt worden zu sein, und behauptet, denselben niemals als Arzt consultirt zu haben; zwar habe er mit ihm über seinen Gesundheitszustand gesprochen und seinen Rath wie von Jedermann angenommen.

4) Frau M. M. geb. St., Pensionshalterin in J., welche ausagt, sie wisse nicht, ob die in ihrer Pension sich aufhaltende Landgräfin v. H. krank sei oder sich ärztlich behandeln lasse; dieselbe werde zwar öfters von einem fremden Herrn, welcher auch s. Z. für sie Logis bestellt, besucht; ob dieses der Dr. Genzmer sei, wisse sie nicht, da sie denselben nicht kenne.

5) J. M., Ghemann der Obigen : dessen Aussagen stimmen im Wesentlichen mit denjenigen seiner Gemahlin überein.

6) H. K., Kellner im Hotel J. in J., gab an : Herr B., welcher seit Juni d. J. im Hotel J. logire, leide an seiner Gesundheit ; derselbe werde regelmäßig über den andern Tag von Dr. G. besucht ; jedoch könne er aus eigener Wahrnehmung nicht bezeugen, daß er von diesem ärztlich behandelt werde, da Herr B. seine Commissionen durch einen eigenen Bedienten ausführen lasse.

7) J. P. aus B., Bedienter des letztgenannten Herrn B. Derselbe gab zu, daß Dr. G. seinen Herrn öfter besuche, auch mitunter zu diesem gerufen worden sei ; Herr B. sei krank, ob er aber von Dr. G. ärztlich behandelt werde, könne er nicht sagen, da dieser ihm weder Recepte verschrieben, noch Medikamente verabfolgt. Seit 8 Tagen lasse sich Herr B. durch einen Arzt aus der Pension V. behandeln ; er habe ihm erklärt, er habe zu Herrn G. nicht Zutrauen, um ihn für ärztliche Hülfe zu gebrauchen, obschon er sein Freund sei.

8) Herr S. Kaufmann aus B., stellte des bestimmtesten in Abrede, von Dr. G. ärztlich behandelt worden zu sein und denselben consultirt zu haben.

Herr B. selbst konnte wegen Krankheit nicht abgehört werden.

Herr E. Dr. med. in J. deponirte im Wesentlichen in der Voruntersuchung : Es sei richtig, daß Dr. G. ganz im Anfang seines Aufenthalts in J. bei ihm für eine Person, an deren Namen er sich nicht mehr erinnere, eine Arznei bestellt habe, welche er nach der Angabe des G. receptirt und präparirt habe, andere Arzneien habe Dr. G. bei ihm nicht genommen, auch habe er nie von demselben ausgestellte Recepte gesehen. Ueber sein Vorhaben, in J. Fremdenpraxis auszuüben, habe Dr. G. nichts Bestimmtes gesagt, sondern sich vielmehr darüber sehr vorsichtig geäußert und namentlich seit Einreichung der Anzeige das Gegentheil versichert ; ein Weiteres könne er über das Practiciren des Dr. G. aus eigener Wahrnehmung nicht sagen ; bei'r Hauptverhandlung dann sagte Herr Dr. E.

aus: Dr. G. habe im Anfang seines Aufenthalts in J. gegen ihn geäußert, er wolle sich daselbst als Arzt etabliren, nachdem er das erforderliche Examen gemacht haben werde, er habe auch bereits mit dem Direktor des Sanitätswesens darüber Rücksprache genommen; überdies habe ihm derselbe einmal erklärt, er behandle eine Dame oder einen Herrn in der Pension R., und habe für diese Personen Mittel geholt.

Dr. M. sagte im Wesentlichen aus: Dr. G. habe ihm bei seiner Ankunft erklärt, die Aerzte in J. werden keine Berliner-Kranke in Behandlung erhalten, da alle an ihn adressirt werden. Herr B. sei durch Dr. G. ärztlich behandelt worden; ersterer habe ihm dieses selbst mitgetheilt, mit dem Beifügen, es sei von Dr. T. in B. an ihn adressirt und werde Hr. G. nicht hier, sondern in Berlin honoriren. Auch die Gräfin von S. habe Herr G. behandelt und täglich besucht, sowie noch verschiedene andere Fremde mehr.

Die Anzeiger behaupteten, daß sie durch das Wirken des Dr. G. im verflossenen Sommer eine Abnahme ihrer Praxis wahrgenommen und in Schaden gekommen seien.

Durch Beschluß der Anklagekammer vom 13. September 1856 wurde der Angeschuldigte Dr. W. G. wegen unbefugter Ausübung des Arztberufes und Widerhandlung gegen das Fremdenpolizeigesetz dem Polizeirichter — Gerichtspräsident von J. — überwiesen.

Gegen das verurtheilende Erkenntniß des Gerichtspräsidenten von J. erklärte Dr. G. die Appellation.

In dieser Untersuchung stellte der Generalprokurator den Antrag:

Dr. W. G. sei der unbefugten Ausübung des ärztlichen Berufes schuldig zu erklären und in Anwendung der §. 11, 12 und 95 des Gesetzes über das Gewerbswesen vom 7. November 1849 in Verbindung mit den Verordnungen von 1765 und 1785 polizeigerichtlich zu verurtheilen:

- 1) zu einer Buße von Fr. 100 und
 - 2) zu Bezahlung der Kosten
- unter Annahme folgender

Entscheidungsgründe:

- daß nach den Verordnungen ansehend die Marktschreier, Apter- und Stümpelärzte, von 1765 und 1785 vorgeschrieben ist: „Daß Niemand, es seien Manns- oder Weibspersonen, sich unterstehen sollen, in Unserm Lande Kranke zu besorgen, ihnen einige Mittel zu geben oder zu verschreiben, sie seien dann vorerst in Ihrer Wissenschaft und Kunst genau und sorgfältig geprüft worden und haben die Bewilligung erhalten, selbigen zu üben“;
- daß hiemit übereinstimmend das Gesetz über das Gewerbswesen vom 7. November 1849 (§. 12) den Beruf eines Arztes zu denjenigen Berufen zählt, zu deren Ausübung es einer besondern Bewilligung bedarf;
- daß nun zwar aus den Akten nicht mit hinreichender Sicherheit hervorgeht, daß W. G. Kranken Mittel gegeben oder verschrieben habe;
- daß indeß aus den hievor angeführten Zeugenaussagen sich wenigstens so viel ergibt, daß Dr. G. verschiedenen fremden Kurgästen während ihres Aufenthalts in J. ärztlichen Rath erteilte, und zwar in einer Ausdehnung und auf eine Art und Weise, welche nicht annehmen läßt, daß dieß ohne Entgelt und bloß aus Freundschaft für die betreffenden Patienten geschehen sei;
- daß vielmehr aus allen Umständen hervorgeht, daß Dr. G. während seines Aufenthalts in J. sich die Funktionen eines sogenannten Kurarztes aneignete;
- daß somit das Wirken des Dr. G. allerdings als Ausübung des ärztlichen Berufes angesehen werden muß, indem der Beruf eines Arztes nicht bloß das Darreichen oder Verschreiben von Medikamenten in sich begreift, sondern die Besorgung von Kranken überhaupt umfaßt, wohin auch das sogenannte Consultiren zu zählen ist;
- daß nun aber Dr. G. unterlassen hat, die erforderliche Bewilligung zur Ausübung des ärztlichen Berufes in hiesigen Kanton bei kompetenter Behörde auszuwirken.

Die Polzeikammer hat
in Betrachtung:

- daß nach den Verordnungen ansehend die Marktschreier, Aßter- und Stümpelärzte von 1765 und 1785 vorgeschrieben ist: „Daß Niemand, es seien Manns- oder Weibspersonen, sich unterstehen sollen, in Unsern Landen Kranke zu besorgen, ihnen einige Mittel zu geben oder zu verschreiben, sie seien dann vorerst in Ihrer Wissenschaft und Kunst genau und sorgfältig geprüft worden und haben die Bewilligung erhalten, selbige zu üben“;
- daß hiemit übereinstimmend das Gesetz über das Gewerbswesen vom 7. November 1849 (S. 12) den Beruf eines Arztes zu denjenigen Berufen zählt, zu deren Ausübung es einer besondern Bewilligung bedarf;
- daß nun aus den Akten nicht mit hinreichender Sicherheit hervorgeht, daß Dr. W. G. Kranken Arzneien gereicht oder verschrieben habe, ebensowenig, daß er von denjenigen Personen, welche sich bei ihm Rathsh erholten, ein Honorar beansprucht oder bezogen habe;
- daß somit nicht rechtlich erwiesen ist, daß Dr. W. G. auf unbefugte Weise den Beruf eines Arztes ausgeübt habe;
- daß dagegen nach der Lage der Akten die Vermuthung, Dr. W. G. habe sich zum Zwecke, fremde Kurgäste ärztlich zu behandeln, nach J. begeben, im Anfang als wahrscheinlich sich darstellte und daher die Anhebung einer Untersuchung jedenfalls als gerechtfertigt erscheint;
- in Anwendung des Art. 344 St.-B.
erkennt:

Dr. W. G. ist von der wider ihn erhobenen Anklage freigesprochen, jedoch ohne Entschädigung. Sämmtliche Kosten sind dem Staate auferlegt; es hat jedoch Dr. W. G. von daher nichts zu fordern.

Abus de confiance et spécialement abus de blanc-seing.

Acquittement.

I. A la foire de Delémont du 8 février 1854, S... vendit à W... un cheval pour le prix de fr. 250. W..., prétendant que ce même cheval avait péri peu de jours après la vente, atteint d'un vice redhibitoire, actionna S... en remboursement du prix de vente. Sur ces entrefaites le prévenu C... souscrivit, à la date du 1^{er} avril suivant, une déclaration aux termes de laquelle il portait «quitte et indemne S... des condamnations qui pourraient être portées contre lui par le tribunal de P..., et autres, relativement à l'action que lui intente W..., attendu que cette affaire le regarde personnellement.» A l'audience du 2 mai 1854, S... prétendit que le cheval que W... dit être péri n'était pas le même que celui qu'il lui avait vendu à la foire de Délemont. Sur cette question le tribunal déféra, à son audience du 11 juillet 1854, le serment à S..., qui répondit, qu'il était possible que ce fût le même cheval, mais qu'il n'en avait pas la certitude, puisqu'il n'avait pas vu l'animal péri. Appelé à affirmer sermentalement cette déclaration, S... dit ne pas le vouloir *lors même qu'il avait dit la vérité* ; et sur ce refus, le tribunal le condamna à payer à W... la somme de fr. 250 et les dépens, liquidés à fr. 211. 75.

En vertu de la déclaration plus haut citée et fondé sur le jugement qui précède, S... intenta une action à C..., qui, dans sa défense, produisit la pièce suivante : «Le soussigné, S..., déclare par les présentes avoir donné pouvoir et procuration à C... de le représenter à l'audience du tribunal de ce siège, dans l'action que lui intente W...; de soutenir ou faire soutenir que le cheval dont W... lui réclame le prix n'est pas celui qu'il désigne comme péri ; de nier l'identité de cet animal ; de poser en fait que la vente, à Delémont, d'un cheval, a été consentie à W..., à ses risques et périls. Promettant à mon procureur la preuve des faits avancés dans le présent mandat, par tous

les moyens autorisés par la loi, et même par serment, sous peine de nullité de l'acte en garantie que m'a souscrit C... en cas de négligence ou de refus d'un moyen légal. C... ne pourra, pour ses peines et honoraires, réclamer que fr. 100, que je lui alloue dans tous les cas. Promettant d'avoir ses gérées comme irrévocables.

«P..., trois juin 1854.

«Bon pour procuration (signé) S...»

Suit l'enregistrement.

La réplique de S..., portant la date du 23 mars 1855 contient, sous la rubrique «critique des moyens de preuve,» le passage suivant : «La procuration invoquée par le défendeur présente des indices de falsification, desquels résulterait la nullité de l'acte ainsi invoqué comme moyen de preuve.» En conséquence, il conclut à ce qu'il fût, sur-sis à la poursuite du procès civil jusqu'à ce qu'il ait été statué par le juge compétent sur la poursuite de faux ou d'abus de confiance qu'il se proposait d'intenter, relativement à la procuration dont il s'agit.

En effet, S... adressa, le 28 du même mois, au préfet du district de P... une plainte, dans laquelle il prétend, après avoir exposé les faits, que le contenu de la procuration souvent mentionnée écrite de la main de C..., relate l'annulation d'une obligation souscrite par lui-même, et porte des stipulations qui n'auraient jamais été la volonté du plaignant.

Dans l'instruction qui s'en est suivie, deux témoins ont été entendus : U... et G... Le 1^{er} a déposé : «Je me trouvai, le 1^{er} avril 1854, chez C... lorsque deux personnes sont arrivées, savoir S... et une autre dont je ne sais pas le nom. (Dans l'instruction spéciale et après confrontation, il a déclaré que cette dernière était G...) A leur arrivée, C... s'étant approché, ils causèrent un instant ensemble à haute voix, mais je n'ai pas fait attention à ce qu'il disait. Après ce colloque, C... a dit à S... qu'il lui fallait

sa procuration, afin qu'il puisse — lui C... — le représenter devant le tribunal, et qu'il devait la remplir.» Le témoin a déclaré de plus qu'alors la personne qui accompagnait S... dit que C... remplirait bien la procuration; que sur cela, S... écrivit quelque chose sur un papier de la grandeur d'une feuille de papier timbré de 8 cent. et que, lorsqu'il le remit à C..., ce papier n'était pas écrit en entier.

A l'audience du tribunal, le témoin U... a confirmé cette déposition, sauf qu'il a ajouté que *c'est C... qui a écrit le premier.*

G... a déclaré qu'à une date dont il ne se rappelle pas, il était allé à l'ours et avait trouvé dans la cour de cet hôtel S... et C... parlant ensemble; s'étant approché d'eux il avait entendu S... offrir fr. 80 à C... pour se charger du procès avec W..., tandis que C... demandait fr. 150; que, n'ayant pu tomber d'accord, C... était parti; qu'ensuite, lui témoin avait engagé S... à offrir fr. 100 et d'aller rejoindre C. à cet effet, en accompagnant le témoin qui avait aussi affaire chez le même. Arrivés chez C..., S... offrit, suivant la même déposition, à C... une somme de 100 fr., pour répondre du procès et pour qu'il se mît en son lieu et place. Après plusieurs pourparlers C... accepta, et, à sa demande, S... souscrivit en sa faveur un billet de fr. 100 payable à vue. Sur ce, G... dit à S... qu'il fallait que C... eût une procuration signée de sa main afin qu'il pût soutenir le procès, et lui observa en outre de laisser rédiger la procuration par C... et de signer son nom, avec les mots «bon pour procuration,» sur une feuille de timbre, ce que S... fit en la présence du témoin, en laissant la procuration sur la table de C....

A l'audience du tribunal, G... a dit, qu'il n'y avait pas eu d'autre condition que le paiement des fr. 100.

Le plaignant S... a, en général, fait la même déclaration que le témoin G...

Le prévenu C... a formellement dénié avoir rempli

aucune procuration en blanc provenant de S... ; il a prétendu, au contraire, que celle qui fait l'objet de l'enquête était rédigée lorsque S... l'a signée, et cela, avec la même plume et la même encre dont il s'est servi lui-même. Le dit C... a expliqué ensuite que cette dernière n'est pas la même que celle signée le 1^{er} avril. En preuve, il a produit un blanc-seing signé «bon pour procuration, S...,» soit celui délivré le 1^{er} avril, pièce jointe aux actes.

A l'audience du tribunal, S... a dit, qu'il avait remis à C... la procuration produite, pour poursuivre G..., — fait que C... a dénié.

Sur présentation des deux procurations, G... a déclaré ne pouvoir dire laquelle avait été signée en sa présence.

Le billet à ordre souscrit par S... et joint aux actes, est ainsi conçu :

«P... 28 mars 1854. H. B. P. fr. 100.»

«Au deux avril prochain, je paiera à C..., ou à son ordre, la somme de cent francs, valeur reçue en espèces.

«Bon pour la somme de francs cent.

Payable «S...»

à P..., en mon domicile
chez L...

II. Le 10 janvier 1855, D..., comparaisant devant le préfet du district de P..., fit en résumé la déclaration suivante : «Pour la date du 31 déc. 1851, A... et moi nous souscrivîmes à H... un billet à ordre de la somme de fr. 1877, valeur reçue comptant, payable au 20 avril 1852; ce billet fut endossé à B... par H..., valeur reçue comptant le 15 février 1852. A l'échéance, c. à. d. au 20 avril de la dite année, ce billet fut renouvelé par A... et moi chez H... Par ce renouvellement, ce même billet était éteint; aussi, le réclamé-je à H..., qui déclara vouloir le rendre au premier jour, disant qu'il était encore en circulation. B... qui en était le possesseur, l'a eu en sa possession pendant

un an, sans que H... se soit même mis en demeure de le retirer, puisqu'au contraire, il l'a fait renouveler chez le porteur, à trois reprises, soit au 31 août, 30 nov. 1852 et enfin jusqu'au 28 février 1853. J'ajouterai que H... disait chaque fois, aux échéances à Mr. B... qu'il voulait le payer ou le retirer.»

Après avoir exposé que, quelque temps avant l'échéance du dernier renouvellement, B... remit le billet au prévenu C... pour en poursuivre le recouvrement; en effet, plusieurs assignations furent lancées contre A... et le plaignant D..., et que, chaque fois, H... arrêtait les poursuites en affirmant qu'il voulait régler, et que cette affaire le concernait personnellement. — D... dit encore que, le 11 juillet 1853, C... lui avait proposé un arrangement, suivant lequel D... lui ferait, un billet en son nom personnel, tant pour le capital de cette affaire que pour les intérêts, depuis le 28 février 1853 jusqu'au 11 octobre de la même année époque de l'échéance du nouveau billet à faire, et d'y ajouter l'affaire M...; qu'ayant consenti à cette proposition, il souscrivit en effet un billet à ordre, au montant de fr. 2237, causé pour les sommes ci-après détaillées :

N° 1. Billet H... et A..., porteur B...,	fr. 1877.
» 2. Intérêts de la dite somme, dès le 28 février 1853 jusqu'au 11 octobre même année	» 140. 72
» 3. Pour frais dans la dite affaire	» 24. 85
» 4. Affaire M... :	
a. capital	» 120.
b. intérêts	» 48.
c. pour les frais	» 27.
	<hr/>
	fr. 2237. 57

B... entendu devant le préfet au sujet de la déclaration de D..., déposa qu'effectivement il avait chargé C... de faire les poursuites contre D..., pour procurer le recouvrement des fr. 1877; qu'il lui avait réclamé les pièces quelque temps après, voyant qu'il ne pouvait en obtenir le montant; mais que C... lui avait répondu que c'était une

affaire réglée : qu'il avait rendu les pièces à H..., contre les frais. Puis B... continua en ces termes : D... étant venu chez moi, il y a 3 semaines, et lui ayant parlé de cette affaire, il m'exprima son étonnement en me disant que C... lui avait fait souscrire un nouveau titre en sa faveur, au moyen duquel le mien devait être éteint. *J'ai sur cela, envisagé C... comme mon débiteur de la somme figurant sur le billet*, et suis allé le trouver pour l'inviter à me verser la somme qu'il devait avoir, je veux dire pour lui réclamer mon titre ; mais il me répondit qu'il ne l'avait par et qu'il ne savait ce qu'il était devenu. Sur cette réponse je lui dis que je poursuivrais qui de droit, sur quoi je lui ai fait signifier la commandement joint aux pièces, en date du 27 décembre 1854.

D... ajouta encore à sa 1^{er} déposition que, dans le courant du mois d'octobre 1853 C... prit jugement contre lui, pour le montant du billet du 11 juillet précédent ; qu'en 1854, il avait formé opposition à ce jugement, que cependant le tribunal de P... ne fit pas droit à sa demande, et qu'en suite d'un appel interjeté, l'affaire était actuellement pendante devant la cour d'appel.

Le prévenu C... interrogé sur les faits mis à sa charge, a convenu avoir reçu en 1853 le billet de 1877 fr. et avoir assigné deux fois les souscripteurs à la requête de B... ; que les 2 fois celui-ci avait retiré les poursuites, dont les frais auraient été payés la 1^{re} fois par B... et la seconde fois par H... A cette dernière occasion — a ajouté le prévenu — le billet fût rendu à B... qui le lui demandait, sous prétexte qu'il voulait régler compte avec H... mais nonobstant la remise du titre, B... engagea C... à poursuivre D... et A..., disant qu'il n'aurait rien de H... quant aux causes du billet de fr. 2237. Le prévenu a prétendu qu'ayant menacé D... d'une saisie, pour une somme de fr. 120 qu'il devait à la caisse des pauvres de Y..., ce dernier, traqué par d'autres créanciers, vint, le 11 juillet 1853, chez lui et lui demanda s'il ne pouvait pas lui faire en

espèces le montant de ces deux dettes ; qu'il allait régler ces deux affaires ; que sur cela, lui C..., lui compta ces espèces, que D... empocha, sauf les fr. 120 dûs à la caisse des pauvres de Y..., ainsi que les intérêts et frais que ce dernier lui compta en espèces et pour laquelle somme C... lui donnait quittance.

Enfin, le prévenu a observé que D... et B... s'entendent et travaillent de concert, le 1^{er} parcequ'il le poursuit, et le 2^e parcequ'il voudrait avoir un bon débiteur au lieu d'un mauvais.

B..., aussi entendu devant le juge d'instruction, a nié que C... lui eût rendu le billet dont il s'agit, et a déclaré par contre que, longtemps après l'époque où D... et H... furent poursuivis, il avait réclamé le titre à C... qui alors dit l'avoir remis à H..., croyant que c'était une affaire terminée ; que, quinze mois après en parlant de cette affaire à D... il apprit de celui-ci le fait constitutif de la plainte.

D... a prétendu qu'il avait acquitté le montant du billet, B... en souscrivant le billet du 11 juillet 1853 en faveur de C..., et qu'en échange celui-ci lui avait rendu le premier.

H... a dit notamment que lorsqu'il reçut la seconde assignation, il retourna chez B... le prier d'attendre, et qu'il lui remit, en présence de D..., un effet de fr. 1000, sur M^{no} E...

A l'audience du tribunal, tant H... que D... ont déclaré qu'ils s'étaient rendus chez B... dans l'intention d'éteindre le billet de fr. 1877, avec ces fr. 1000. Quant à la prétendue remise du dit billet à H..., ce dernier a nié ce fait.

Les billets souvent mentionnés sont ainsi conçus :

I.

28 février 1853. Renouvelé au 30 Novembre 1852.

P..., 31 décembre 1851. B. P. 1877 fr.

Au vingt avril prochain, nous soussignés A..., débiteur

principal, et D... caution, paierons solidairement à l'ordre de H... la somme de dix-huit cent soixante et dix-sept francs valeur reçue comptant et portant intérêts dès l'échéance du présent. Au domicile de»

«Bon pour dix-huit cent soixante
et dix-sept francs de France
(signé) «A...»

M^r D..., où le débiteur
pp^l. fait élection de domicile. «Bon pour dix-huit cent soixante et dix-sept fr. de France.
(signé) «D...»

Au dos est écrit : «Ordre à M. B..., valeur reçue comptant. P..., 15 février 1852.»

(signé) H...»
«Ordre à C..., valeur en compte. P..., 24 février 1853.
(signé) «B...»

II.

«P..., 11 juillet 1853. Bon pour 2237 fr.

«A trois mois de date, je soussigné paierai à C... ou à son ordre la somme de deux-mille-deux cent trente-sept francs, valeur reçue en espèces.

«Bon pour deux mille-deux-cent-trente-sept francs. D...»

«Ordre à F..., valeur reçue comptant. — P..., 11 juillet 1853. C...»

«Payez à l'ordre de M. J... Valeur en compte. P... le 7 octobre 1853.

«F...»

Aux pièces de la procédure est joint un extrait certifié du livre «brouillard du prévenu C..., livre régulièrement tenu jour par jour, sans blancs, ratures ou intervalles, duquel extrait il appert qu'à la date du 2 juin 1853, C...

a porté en compte à B... son billet H... de fr. 1877 et qu'en outre B... est en compte courant avec le prévenu. De plus il est constaté, au moyen de certificats délivrés par le greffier du tribunal de P... que D... et S... sont sous le poids de plusieurs contraintes par corps, et que par jugement du tribunal consulaire du même district, en date du 21 août 1849, B... a été déclaré en état de faillite.

Le prévenu C... a entre autres produit plusieurs certificats de bonne vie et de bonnes mœurs dont le plus récent, portant le date du 18 juillet 1855, est délivré par le Conseil municipal de la ville de P..., et constate que le prévenu habite ce lieu depuis 1833 et qu'il s'y est constamment comporté en honnête homme et sans qu'il soit parvenu au Conseil aucune plainte sur sa conduite et sa moralité.

— L'affaire ayant été soumise au tribunal correctionnel du district de P..., celui-ci, par jugement du 9 juillet 1855, déclara le prévenu C... coupable des abus de blanc-seing et de confiance à lui reprochés ; en conséquence, le condamna à fr. 100 d'amende, à trois mois d'emprisonnement et aux frais de la procédure ; et, statuant sur les conclusions des parties civiles S... et B..., condamna C... à leur payer : 1) à S... la somme de fr. 533. 40, avec intérêts dès le 11 oct. 1854 ; 2) à B... la somme de fr. 1877, avec intérêts dès le 28 février 1853 ; et à tous les frais d'intervention, liquidés à fr. 53. 07 et dont fr. 32. 07 pour S..., et fr. 21 pour le S^r B...

Sur l'appel émis par le prévenu, la chambre de police, par arrêt du 19 sept. 1855, a statué en ces termes :

»I. En ce qui concerne l'abus de blanc-seing,

Considérant :

1. Qu'à la vérité, la délivrance de blanc-seings n'est pas prohibée par la loi, mais que le signataire court toujours le risque de voir sa confiance trompée, et que dès-

lors, ce n'est qu'à sa propre imprudence qu'il doit attribuer les suites qui en peuvent résulter, et ce, surtout dans les cas où le signataire ne se trouve pas dans une circonstance qui *l'oblige* à délivrer la procuration *en blanc* ;

2. Qu'il n'y a abus punissable d'un pareil blanc-seing que lorsque le signataire peut prouver d'une manière indubitable et irrévocable que le porteur en a abusé, en écrivant frauduleusement au-dessus et incontestablement contre la volonté du signataire, une obligation ou décharge ou tout autre acte pouvant compromettre la personne ou la fortune de ce dernier (art. 407 Code pén.) ;

3. Qu'au cas particulier, S... n'était nullement obligé de délivrer un *blanc-seing*, et, du reste, C... n'a nullement employé la procuration du 3 juin 1854 (dans la supposition même qu'elle aurait été délivrée par S... en forme de blanc-seing) dans aucun autre but que celui pour lequel elle a été délivrée, savoir à l'effet de représenter S... dans le procès contre W... ; qu'il n'est nullement prouvé que C... ait fait figurer dans la dite procuration les charges et conditions y retenues, contre la volonté de S..., et ce, d'autant moins que la déclaration souscrite par C... en faveur de S..., le 1^{er} avril 1854, explique parfaitement que C... n'a voulu que se garantir, autant que possible, contre une issue défavorable du procès, ainsi que c'est arrivé par suite du refus injustifiable de S... d'affirmer sermentalement sa propre déclaration ;

4. Qu'en outre, il n'est nullement prouvé que la procuration dont il s'agit ait été originairement un blanc-seing qu'au contraire,

- a. il n'est pas et il ne pouvait être l'également constaté que le blanc-seing délivré à C... par S... en présence des témoins U... et G..., soit bien celui au-dessus duquel est écrite la procuration du 3 juin, ou si ce ne serait pas plutôt celui produit par C... et qui n'est pas rempli ;

- b. aucun des dites témoins n'a pu dire laquelle des deux feuilles timbrées à été signée en leur présence par S...; qu'au surplus, le témoin U... se trouve en contradiction tant avec lui-même qu'avec la déclaration de G..., en déposant devant le tribunal que *c'est C... qui a écrit le premier*, ce qui permettrait de supposer qu'au contraire le billet, souscrit par S... n'est autre chose que la procuration écrite de la main de C...;
- c. en outre, les actes relatifs aux arrangements pris entre le plaignant et le prévenu ne datent pas du même jour, attendu que le billet à ordre souscrit par S... porte la date du 28 mars, et la déclaration de C... celle du 1^{er} avril; que dès-lors, comme le témoin G... affirme que le dit billet a été écrit en sa présence, c'est-à-dire le 28 mars, il est très-vraisemblable qu'en délivrant, quatre jours plus tard, et par conséquent hors la présence du dit témoin, la déclaration 1^{er} avril, C... a demandé et obtenu en échange des garanties telles qu'elles sont stipulées;
- d. la circonstance principalement relevée par les premiers juges, que suivant l'allégation du prévenu, le contenu de la procuration en question et les mots consignés au bas «bon pour procuration» avec la signature «S...» auraient été écrits en même temps et avec la même plume et la même encre, tandis que la seule inspection de la pièce prouverait le contraire, n'aurait pu être suffisamment constatée en droit qu'au moyen d'un rapport d'experts, d'autant plus que «*l'évidence*» admise par le tribunal de 1^{re} instance ne ressort nullement d'une manière aussi indubitable, et qu'en particulier, la couleur de l'encre avec laquelle la signature de S... a été faite paraît être la même que celle du contenu de la procuration;
5. Qu'ainsi l'abus de blanc-seing reproché au prévenu C... n'est nullement prouvé;

II. En ce qui concerne l'abus de confiance,

Considérant :

1. Que D... prétend avoir souscrit en faveur de C... le billet de fr. 2237 entre autres en extinction de celui de fr. 1877, dûs à B..., et qu'en échange, C... lui a rendu ce dernier billet;

2. Que cependant, comme celui-ci n'a pas été produit par D..., il n'est pas prouvé qu'effectivement il ait été remis à ce dernier;

3. Qu'antérieurement à la délivrance du billet de fr. 2237 H... a payé à B..., en à compte de celui dû à ce dernier, une somme de fr. 1000, ce qui résulte tant de la déposition de H... que de la déclaration de D... lui-même; que dès-lors, il n'est pas probable que celui-ci a entendu payer une seconde fois le montant du billet B... en souscrivant celui au profit de C... et cela d'autant moins que c'est H... qui est seul obligé de terminer cette affaire, et non D...;

4. Qu'au surplus, le billet B... n'est acquitté en aucune manière par C..., et que, de plus, D... reconnaît expressement, par celui souscrit au profit du prévenu avoir reçu la somme de fr. 2237 *en espèces*.

5. Que D... a un intérêt direct à l'issue du procès et est engagé dans un procès civil avec le prévenu; que dès-lors, sous ce double rapport, il doit être déclaré témoin suspect quant aux faits à charge;

6. Qu'il est constaté que H... a fait des démarches auprès de B... pour régler l'affaire résultant du billet en date du 31 décembre 1851; qu'il a même payé un à compte de fr. 1000, et qu'à l'effet de transiger, B... devait nécessairement être en possession du titre; qu'il est donc très-vraisemblable qu'en restituant les frais de poursuites à C..., B... a retiré le billet en question, et qu'en outre, cette remise est consignée sous la date du 2 juin 1853 au livre-

brouillard du prévenu, livre tenu régulièrement et conformément à la loi ;

7. Qu'en tous cas, l'abus de confiance imputé à C... n'est nullement prouvé ;

Par ces motifs,
La chambre de police
déclare

C... *non coupable* des abus de blanc-seing et de confiance dont il est accusé ; le renvoie, en conséquence, des fins de ces deux chefs d'accusation ; déboute les parties civiles, S... et B..., de leurs conclusions en dommages-intérêts, réservant cependant à B... de faire valoir ses droits par la voie civile, s'il s'y croit fondé, met les frais d'intervention, liquidés à, à la charge du fisc, — statuant quant aux autres frais, qu'aucune partie ne pourra en réclamer ; et enfin, renvoie les actes à la Cour suprême, à l'effet de voir si, dans l'affaire S..., le S^r C... n'a pas failli à ses devoirs d'agent de droit.»

Homicide involontaire.

Pendant l'avant-midi du mercredi, 18 juillet 1855, la femme V..., enceinte de son premier enfant, commença à ressentir les premières douleurs de l'enfantement. Vers 4 heures de l'après midi du même jour, son mari alla requérir l'assistance de la sage-femme M..., qui se transporta aussitôt auprès de la malade ; mais, voyant que la délivrance n'aurait pas encore lieu, elle retourna chez elle. Le lendemain, jeudi, 19, vers 8 heures du matin, les maux réels se manifestèrent. Environ vers 3 heures de l'après-midi, on alla de nouveau appeler la sage-femme, qui alors arriva vers 4 heures. Vers minuit l'enfant se présenta par la hanche ou les fesses ; et, profitant des maux, la sage-femme prit avec deux doigts les pieds de l'enfant et tira

le corps jusqu'à la tête. Le tronc resta dans cette position et les maux cessèrent. A 1 heure après minuit, soit que la sage-femme ne pût réussir à délivrer la femme V... soit, qu'elle n'osât pas faire les tractions nécessaires pour extraire la tête, A... fut envoyé chercher au village voisin le vétérinaire J..., qui arriva entre 2 et 3 heures du matin. De l'avis de celui-ci et de la sage-femme, la patiente fut mise dans un bain aux fins de faire revenir les maux. Le bain n'ayant produit aucun effet, la mère fut replacée dans son lit et c'est seulement alors qu'on manda M. le docteur T.... Dans l'intervalle, toujours sur les conseils de M... et J... on mit de nouveau la femme au bain, comme cette mesure n'eut pas plus de résultat que la 1^{re} fois, on la recoucha dans son lit; et à 5 heures le vétérinaire J... partit, suivi peu après de la sage-femme M...

Du rapport adressé par M. le D^r T... au préfet du district de C..., il résulte ce qui suit :

Le vendredi, 20 juillet 1855, à 6 heures du matin, il fut appelé par D..., père de la malade. Après s'être à l'instant muni de ses instruments et de quelques remèdes, il s'achemina vers le village habité par la famille de la malade. Il y trouva une femme de 28 ans, qui était en couches, jouissant d'une excellente santé et douée d'une constitution très-forte. Les maux d'enfant l'avaient quittée, mais nullement les forces; le pouls était vigoureux et normal. En la visitant de près, il trouva entre ses jambes le tronc d'un enfant mâle, couché sur les dos, la tête accrochée par le menton au-dessus du détroit du périnée du bassin, la tête était à peu près entièrement détachée du tronc, car elle ne tenait plus que par un morceau de peau, appartenant aux téguments du cou; le bassin était étroit. Aux fins de rétablir les maux pour expulser la tête, M. T... administra le seigle ergoté; les maux se retablirent mais n'amenèrent point le succès désiré. Il tenta alors d'appliquer le forceps et le crochet, mais inutilement. Le docteur

G..., qui était arrivé à la demande de M. T..., à 2 heures de l'après-midi du même jour, fit en vain les mêmes efforts. C'est alors qu'ils convinrent d'opérer l'exécration. N'ayant pas à cet effet, les instruments nécessaires, ils appelèrent M. le docteur B..., qui arriva, muni de ses instruments. Ils réussirent enfin, non sans beaucoup de peines et bien de temps, à extraire la tête de l'enfant, après l'avoir broyée. Le même jour (vendredi), à minuit, ils quittèrent la malade, en donnant les ordres pour qu'elle fût soignée convenablement.

Le dimanche suivant, 22 juillet, vers midi, la femme V... a succombé à une métrô-péritonite, malgré les soins de M. le docteur T., qui, dans l'intervalle, avait envoyé des remèdes et s'était même rendu auprès d'elle 6 heures avant le décès.

M. T... termine son rapport par les conclusions suivantes :

1. La malade s'est trouvée, lors de l'arrivée du médecin, dans une position très-critique, position qui exigeait des opérations qui, en elles-mêmes, peuvent gravement compromettre la vie d'une femme en couches ;

2. Cet état de choses a été la suite de manipulations qui n'ont pu se faire sans exposer les jours de la malade et qui ont été exécutées sans ménagement ;

3. La malade a succombé par suite d'une métrô-péritonite. Cette affection, survenant bien quelques-fois après des accouchements non forcés, a été causée dans le présent cas indubitablement en partie par la violence des manœuvres pratiquées avant mon arrivée, et en partie par les opérations des médecins, qui ont été obligés de réparer le mieux possible ce qu'ont fait les antécédents.

Relativement à la question de savoir à qui et à quelles causes il faut attribuer la mort de la mère et de l'enfant,

la procédure et les débats devant le tribunal de 1^{re} instance relèvent ce qui suit :

Quant à l'enfant. Selon la prévenue, il ne vivait plus lorsqu'il s'est présenté pour la délivrance ; car, quelque temps auparavant, la mère aurait fait une chute et l'accouchement était prématuré. Cependant, elle déclare que, le mercredi, la femme V... lui a dit qu'elle ressentait encore quelques mouvements. Plus tard, la prévenue modifie cette dernière déclaration, en disant qu'après son arrivée, le mercredi vers 2 heures, l'enfant a donné le dernier signe de vie. — Le témoin S..., mère de la défunte, croit aussi que l'enfant était déjà mort ; car sa fille lui a dit, le mercredi, qu'elle ne sentait plus l'enfant bouger, non plus que pendant les maux. Les médecins qui avaient traité la femme V... et qui ont été appelés comme experts, ne se sont pas explicitement prononcés si l'enfant était arrivé à terme et vivant, et si, en général, il faut attribuer la cause de sa mort à des circonstances indépendantes du fait des personnes qui ont assisté la mère en couches, ou bien à la détroncation constatée par le docteur T.... Cependant, M. le docteur G... attribue la mort de l'enfant au décollement en question, en sorte qu'il ne suppose pas que l'enfant soit mort avant les tractions. M. T... dit que, quoiqu'un enfant hors du sein de sa mère jusqu'à la tête, et en plaçant la mère debout, ne puisse être détroncé par son propre poids, il pourrait néanmoins être étouffé. De plus, il déclare que le cordon ombilical n'enveloppait pas le cou.

Pour ce qui est de la détroncation de l'enfant, les actes de la procédure donnent les renseignements suivants : La prévenue déclare n'avoir exercé aucune mesure violente ; ne pas avoir cherché à délivrer la femme V... après que le tronc de l'enfant a été hors du sein de sa mère, et qu'en général, ni elle ni J... n'ont fait des tractions. Précédemment, c'est-à-dire dans l'interrogatoire subi devant le préfet, elle dit qu'après avoir replacé la femme V... dans son lit, les maux ne s'étant pas reproduits, J... et elle es-

sayèrent de la délivrer, mais sans pouvoir y parvenir. R... dit que la sage-femme a travaillé, toutefois sans employer de moyens violents. Aucun des autres témoins n'a vu les prévenus se livrer à des tractions; cependant, il est à remarquer que ces premiers n'ont pas été continuellement présents. — Le prévenu J... dépose qu'il n'a fait qu'une visite et ne s'est livré à aucune opération tendante d'accoucher la femme V... M. le D^r T..., interpellé à ce sujet, pense que l'état ou la position de l'enfant a été la suite de manipulations violentes, et que des tractions, qui ont provoqué le détournement de la tête, ont eu lieu après la version faite. M. G... dit aussi que le tronc séparé ne peut être dû qu'à des tractions violentes, tout en prétendant (et ce dans le même interrogatoire) qu'il ne faut pas une traction très-forte pour opérer une décollation. Les deux prévenus déclarent enfin qu'ils n'ont remarqué ni l'un ni l'autre, qu'au moment de leur départ la tête de l'enfant fût détachée du tronc, circonstance dont, au reste, personne ne s'est aperçu jusqu'après l'arrivée du médecin T... La déclaration de celui-ci, qui prétend que la première chose qu'il remarqua lors de son arrivée, était cette détroncation, n'a non plus été confirmée par aucun témoin; et pourtant il déclare qu'il n'a fait cette découverte qu'en présence de témoins qu'il a invités à s'assurer eux-mêmes du fait. (Il est constaté qu'il n'y avait point d'autres personnes présentes que celles qui ont été appelées comme témoins.) Bien plus, R... déclare, contrairement à ce que dit M. le D^r T... qu'elle ne se rappelle pas que celui-ci ait manifesté son étonnement sur la position de l'enfant et la détroncation de celui-ci; par contre, S... dit qu'il lui semblait que M. T... exprimait son étonnement sur la position de l'enfant. Les deux médecins, MM. G... et T..., sont d'accord pour reconnaître que l'enfant suspendu par le cou au bassin de sa mère, ne pouvait être détronqué par son propre poids, même en mettant la mère debout.

Quant à la mère V..., le médecin T... dépose que tout le porte à croire que la version s'est faite, mais d'une manière irrégulière ; il prétend de plus que la sage-femme lui a dit qu'elle avait exécuté la version, ce qui est positivement nié par la femme M..., qui, ainsi qu'il est dit plus haut, s'est bornée à saisir l'enfant par les pieds afin de le dédoubler. M. le D^r G... par contre, déclare qu'il ne peut dire si la version a été faite. M. T... dit, en outre, que tout en arrivant, la position de l'enfant a attiré son attention, car il aurait dû être couché sur le ventre et non sur le dos. «Aussi — dit-il plus loin — la version faite convenablement aurait amené tout un autre résultat.» Le même témoin dépose qu'après avoir reconnu la position de l'enfant, il a requis M. le D^r G... de venir lui prêter son concours. En attendant, il a fait une tentative pour délivrer la mère ; il a voulu (mais il ne l'a pu) appliquer le forceps, attendu que la tête n'avait pas la position convenable ; il n'a pas réitéré cette tentative et a essayé aussi vainement de délivrer la mère, en introduisant le doigt dans la bouche de l'enfant. M. G... a de même tenté, tout aussi inutilement, d'appliquer le forceps et le crochet ; puis il finit par faire à son collègue la proposition d'opérer l'excérébration, et d'appeler à cet effet M. le D^r B...

Confirmant les conclusions de son rapport, le D^r T... attribue la mort de la mère à des violences exercés aux parties qui n'ont, il est vrai (du moins il ne s'en est pas aperçu) pas été blessées, mais fortement contusionnées, et à sa position critique, qui a duré plusieurs jours. D'un autre côté, dit-il, les opérations auxquelles les trois médecins ont été obligés de procéder, ont pu amener la mort de la femme V..., mais aussi, si cette femme n'avait pas tant et si longtemps souffert, il croit (sans toutefois vouloir l'affirmer) qu'ils (les trois médecins) auraient pu la délivrer.

M. G... s'exprime ainsi : «Les opérations chirurgicales dont la mère a été l'objet, la longueur des opérations, les

tractions violentes, toutes ces causes réunies ont amené la mort de la femme V...» Le témoin pense, en outre, qu'en tout cas, si le tronc n'avait pas été séparé, il aurait pu s'en tirer au moyen de son forceps.

La femme V... a fait des communications concernant le traitement dont elle a été l'objet. Ainsi, elle a dit à sa belle-mère R..., après le départ des médecins T... et G... : «Comme ces Messieurs m'ont arrangée !» S..., mère de la défunte, confirme cette déposition, disant que sa fille ne s'est pas plainte lorsque le vétérinaire J... la visitait ; qu'après le départ de la sage-femme et de J... et avant l'arrivée de M. T..., la malade ne s'est non plus plainte de la manière de faire du vétérinaire et de la sage-femme, tandis qu'après le départ des médecins elle a dit : «Voiez comme ils m'ont arrangée !» et que, lorsque les témoins présents ont tous dit. «Ce n'était rien, le vétérinaire et la sage-femme,» la patiente a confirmé cet avis par un «Oui.» M. P..., pasteur, déclare que la femme en couches lui a dit que, tant J... et M... que les médecins, l'avaient cruellement fait souffrir. — Le mari de la victime, C..., dépose aussi que sa femme ne s'est pas plainte de la manière de procéder de J... et de la sage-femme.

Interpellé de déclarer si la mère et l'enfant auraient vécu s'ils eussent reçu à temps utile les secours de l'art, T... répond qu'il ne peut rien dire de positif à cet égard, mais qu'en tous cas, la femme défunte était fortement constituée bien qu'elle eût le bassin étroit. M. le D^r G... dit par contre, qu'il pense qu'en recourant plus tôt à l'assistance de l'art, il aurait pu, lui, délivrer cette femme.

A ce sujet, la sage-femme M..., après avoir relaté l'accouchement opéré jusqu'à la tête, s'exprime ainsi : Cependant, comme c'était les 1^{res} couches de cette femme, je ne voulais pas prendre sur moi cette opération (l'extraction de la tête) d'autant moins que j'avais des appréhensions à cause de la mauvaise constitution (elle entendait par-là le bassin qui était très-resserré ; voir page 29 de la procédure)

de cette femme ; et surtout à cause de la disparition des maux, alors que la tête se trouvait encore dans le corps de la mère. Je fis aussitôt l'observation qu'il y avait lieu d'appeler un médecin.» La prévenue dit, en outre : «Je restai auprès de cette femme, car je supposais bien que l'accouchement deviendrait pénible, parce qu'elle avait le bassin étroit et que l'accouchement était prématuré par suite d'une chute qu'elle avait faite.»

G..., après avoir exposé que le jeudi, 19 juillet, on alla chercher la sage-femme, dit : «Celle-ci, arrivée, a visité la malade et a trouvé ensuite que l'enfant n'était pas bien tourné ; mais la sage-femme n'avait pas dit qu'il y avait du danger.»

Pour ce qui est de la part qu'aurait prise le vétérinaire J... à l'accouchement de V..., il est établi, par la procédure et les débats devant le tribunal de 1^{re} instance, qu'il ne s'est rendu dans la demeure de V... que sur les sollicitations pressantes et unanimes des parents de la malade, et conduit par le seul sentiment d'humanité, vu que, dans la nuit dont il s'agit (du 19 au 20 juillet), le temps était des plus orageux, et que personne n'aurait osé traverser la montagne pour chercher un médecin patenté ; qu'enfin, il a, de prime abord et à plusieurs reprises, fait l'observation qu'il y avait lieu d'appeler un médecin. Pour se disculper, J... dit particulièrement qu'il n'assistait la famille que de ses conseils, aidant la sage-femme et toujours placé sous la direction de celle-ci. Cependant, il avoue qu'il a touché la malade, en pénétrant avec la main dans son corps pour s'assurer de la position de la tête de l'enfant. M... affirme aussi qu'il a visité la femme V...

Sur interpellation, le mari de la victime, C... déclare ne pas porter plainte contre les prévenus et renoncer à toute réclamation d'indemnité.

Après la clôture de l'instruction, cette affaire fut soumise au tribunal correctionnel du district de..., qui, dans sa séance du 22 nov. 1855, déclare J... et M... coupables.

du délit d'homicide involontaire, et, en particulier, le premier d'avoir illégalement pratiqué la médecine, et les condamna chacun à six jours de prison, soixante francs d'amende et solidairement aux frais de la procédure. — Appel de ce jugement fut interjeté par les prévenus J... et M...

Déférant au réquisitoire du Procureur général, la chambre de police de la cour d'appel et de cassation, conformément à une décision prise le 22 décembre 1855, transmet les actes de la procédure au collège de santé, en l'invitant à se prononcer sur des questions du ressort de la médecine légale, et posées aux experts qui avaient été appelés en 1^{re} instance, ainsi que sur la question de savoir quelles manipulations la sage-femme est autorisée à pratiquer lors d'un accouchement, notamment s'il lui est permis d'opérer la version et la traction. — Cette autorité, dans son rapport daté du 17 janvier 1856, s'exprime en ces termes ; »Quant aux réponses que les experts ont faites aux questions posées par le juge, le collège de santé peut en tous points les sanctionner comme conformes aux règles de l'art. Ce qui est de l'opération de la version — qui est constamment accompagnée de certaines tractions sagement ménagées, il est hors de doute que les sages-femmes sont autorisées à la pratiquer dans certains cas d'urgence. L'instruction qu'on remet aux sages-femmes lors de leur assermentation n'est pas très-explicite à cet égard ; mais il est de fait que les élèves-sages-femmes reçoivent dans leurs cours l'instruction nécessaire pour opérer la version et qu'à leur examen elles doivent, selon règlement ad hoc, faire preuve de dextérité suffisante dans la pratique de cette opération.»

A l'audience fixée pour les débats et le jugement devant la chambre de police, M^r Stettler, défenseur des prévenus, a conclu à ce que ceux-ci soient déclarés non-coupons des faits à eux reprochés et libérés de toute condamnation, et à ce qu'il leur soit adjugé des dommages-intérêts pour les frais qui leur ont été occasionnés.

Le ministère public, en reiterant les conclusions prises dans son réquisitoire, a donné lecture de celui-ci, conçu en ces termes : « Considérant : 1. Qu'il n'est pas suffisamment constaté, que surtout il ne résulte point positivement des dépositions des expertes T... et G..., médecins, que l'enfant nouveau-né soit mort par suite de la détréoncation ; que dans le doute et notamment en présence des déclarations de la prévenue M... confirmées par un témoin capable, il y a lieu d'admettre que l'enfant était déjà mort lorsqu'il a été mis au monde ; 2. Qu'il est établi que la maladie à laquelle la femme V... a succombé était la suite des violences exercées aux parties, de la position critique qui a duré plusieurs heures et des opérations auxquelles les médecins ont été obligés de procéder ensuite de la décollation de l'enfant ; 3. Qu'en ce qui concerne les violences exercées aux parties, il n'est pas constaté que celles-ci aient été blessées ou seulement contusionnées, avant l'arrivée des médecins patentés ; 4. Qu'en ce qui touche la longue durée de la position critique de la mère, c'est la sage-femme M... qui l'a provoquée en partie ; car, d'après ses propres aveux, elle savait à l'avance, c'est-à-dire déjà le mercredi, jour de sa 1^{re} visite, ce qu'elle pouvait, au reste, facilement conclure des circonstances qui lui étaient connues, à savoir : la chute que la mère avait faite, l'étroussesse de son bassin, jointes à la circonstance qu'elle accouchait du premier enfant, qu'il y aurait un accouchement forcé ou du moins pénible, qui nécessiterait le secours d'un homme de l'art ; que néanmoins, il n'appert point des actes que la prévenue n'a pas même avancé qu'avant l'accouchement elle ait rendu les parents attentifs à ce danger et ait requis l'aide d'un accoucher patenté ; qu'au contraire, un témoin déclare positivement qu'ils n'ont pas été prévenus ; que, par cette manière d'agir, la sage-femme M... n'a non-seulement pas observé le règlement auquel elle était tenue de se conformer et qui prescrit (§. 22 de l'instruction pour les sages-femmes, du 29 sept. 1809, et art. 24 de celle 10 août 1853) que s'il est à pré-

voir que l'accouchement ne peut se faire sans l'assistance de l'art, la sage-femme doit en aviser les plus proches parents et faire en sorte qu'un accoucheur expérimenté soit appelé, mais qu'elle a exposé, en outre, la femme en couches à de longues souffrances par suite de l'absence d'un médecin patenté, au moment opportun, ce qui, au cas particulier, a une importance d'autant plus grande que les experts appelés en 1^{re} instance émettent, l'avis qu'en recourant plus-tôt à l'assistance de l'art, la vie de la mère aurait pu être sauvée; qu'en conséquence; la prévenue M... s'est rendue coupable tant de négligence que d'inobservation des règlements sur la matière; 5. Qu'en ce qui a trait à la détroncation qui a nécessité de pénibles opérations de la part des médecins, cause directe de la mort de la femme V..., les prévenus nient avoir fait des tractions aux fins de délivrer cette dernière; qu'ils prétendent même qu'au moment de leur départ, le tronc de l'enfant n'était pas séparé de la tête; qu'à la vérité, le D^r T... prétend que, lors de son arrivée, il avait, avant de procéder à toute autre opération, constaté le décollement; que cependant, aucun des témoins n'a confirmé cette déclaration, laquelle — fût-elle vraie — ne prouve rien en elle-même, attendu qu'il y eût un intervalle (depuis 5 heures vers 9 heures) pendant lequel les prévenus avaient quitté la maison de V... 6. Qu'en ce qui concerne le vétérinaire J..., il est établi par ses propres aveux qu'il a visité la malade et a tâché de reconnaître la position de l'enfant, en introduisant sa main dans le corps de la mère; que de pareilles manipulations ne peuvent rentrer que dans les attributions d'un médecin patenté; 7. Que cependant, il existe, au cas particulier, des circonstances particulièrement atténuantes; 8. Qu'enfin, il y a lieu de communiquer les actes à la Direction de l'Intérieur (section des affaires sanitaires) pour statuer ce que de droit quant à l'autorisation provisoire accordée à la prévenue M... d'exercer l'état de sage-femme; — Par ces motifs, nous concluons à ce qu'il plaise

à la chambre de Police : 1. déclarer coupables : *a.* M..., d'avoir été en partie la cause de la mort de V..., par suite de négligence et inobservation des règlements sur la matière; *b.* J... de pratique illégale de la médecine ; 2. les condamner correctionnellement, en application des art. 319 et 463 du code pénal et de l'art. 95 de la loi sur l'industrie, du 7 nov. 1849, *a.* chacun à fr. 60 d'amende, et *b.* les deux solidairement aux frais. 3. ordonner que les actes seront communiqués à la direction de l'Intérieur (section des affaires sanitaires).

Mais contrairement au réquisitoire du Procureur général, la chambre de police a statué comme suit :

Considerant ,

1. Qu'il y a lieu d'admettre que l'enfant est né sans vie ou est mort immédiatement après avoir été mis au monde, attendu qu'aux dires de la prévenue M... et d'un témoin capable, S... la mère défunte avait fait une chute peu de temps avant l'accouchement, et que, déjà le mercredi 18 juillet, et pendant les couches, elle ne sentait plus bouger l'enfant ; qu'en tous cas, la position dans laquelle il se trouvait devait nécessairement amener la mort de l'enfant, par étouffement ; qu'au reste, il ne résulte point positivement des dépositions des experts T... et G... médecins, que l'enfant nouveau-né soit mort par suite de la détréncation ; qu'ainsi, ce fait n'est pas suffisamment prouvé ;
2. Qu'il est établi, par les dépositions des experts, dépositions pleinement sanctionnées par le collège de santé, que la maladie à laquelle V... a succombé était la suite de violences exercés aux parties, de la longue durée de la position critique et des opérations auxquelles les médecins ont dû recourir ensuite de la décollation de l'enfant ;
3. Qu'en ce qui concerne les violences exercées aux parties, il n'est pas constaté que celles-ci aient été

blessées ou seulement contusionnées, avant l'arrivée des médecins patentés.

4. Que la longue durée de la position critique est due à la position fatale dans laquelle l'enfant, s'est présenté pour la délivrance, à la détroncation, et à l'éloignement de médecins patentés, — jointe au temps orageux qui, s'il n'interceptait pas toute communication avec le village le plus proche où était établi un médecin patenté, la rendait du mois très-dangereuse pendant la nuit ; que dès-lors, à cet égard, il n'y a aucun reproche à adresser à la sage-femme, d'autant moins que, dès que l'accouchement se faisait, elle demanda l'assistance d'un homme de l'art.
5. Qu'en ce qui a trait à la détroncation qui a nécessité de pénibles opérations de la part des médecins, cause directe de la mort de la femme V..., les prévenus nient avoir fait des tractions aux fins se délivrer cette dernière ; qu'ils prétendent même qu'au moment de leur départ, le tronc de l'enfant n'était pas séparé de la tête ; qu'aucun témoin ne les a vus se livrer à des manipulations et n'a remarqué la détroncation en question ; qu'à la vérité, le D. T... prétend que, lors de son arrivée, il avait, avant de procéder à toute autre opération, constaté le décollement ; que cependant, aucun des témoins n'a confirmé cette déclaration, laquelle — fût-elle vraie — ne prouve rien en elle-même, attendu qu'il y eut un intervalle (depuis 5 heures vers 9 heures) pendant lequel les prévenus avaient quitté la maison de V... ;
6. Qu'en ce qui regarde le vétérinaire J..., il est établi qu'il n'a cédé qu'aux pressantes instances des parents et que ce n'est qu'en surmontant sa propre répugnance et guidé par un pur sentiment d'humanité, qu'il s'est décidé à se rendre au domicile de la malade, pour assister les parents de ses conseils ; qu'il n'est, du reste, point constaté qu'il se soit livré à des

opérations chirurgicales rentrant dans les attributions d'un médecin patenté ;

7. Quoique toute fois, le fait que les deux prévenus ont donné leurs soins à la mère en couches, comme hommes de l'art, joint à la position dans laquelle l'enfant a été trouvé par le médecin le premier arrivé, a nécessité l'ouverture d'une enquête, et que les prévenus ont donné naissance aux soupçons qui pesaient dès le commencement sur eux, notamment parce que, lorsque malgré leurs soins l'état de choses était des plus critiques, ils ont abandonné la malade avant l'arrivée des secours de l'art ;

Par ces motifs,

La chambre de police
déclare

M... et J... non coupables des faits à eux imputés ; les décharge des condamnations prononcées contre eux, mais les les condamne, en application des art. 343 et 468 C. pr. pén., aux frais de 1^{re} instance, liquidés à la somme de, mettant les frais d'appel, touchant lesquels les acquittés n'auront rien à réclamer, à la charge du fisc.